

pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Lagebild Rechtsextremismus im Land Bremen

Dirk Heine / Cornelius Peltz / Marja Sabaß

Stand: Oktober 2008

Gefördert durch das



im Rahmen des Bundesprogramms



Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Zur Vorgehensweise	4
1.2	Begriffsdefinitionen	6
2	Rechtsextreme Agitation im Land Bremen im Überblick	11
2.1	Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund – Eine Chronologie.....	11
2.2	Verfolgung politisch motivierter Straftaten „rechts“	14
3	Rechtsextreme Akteure und ihre Aktivitäten im Land Bremen	18
3.1	Rechtsextremistisches Personenpotenzial.....	18
3.2	Rechtsextreme Parteien	19
3.3	Kameradschaften	22
3.4	Hooligans	23
3.5	Jugend-Cliquen und das Umfeld Schule	24
3.6	Musikszene	25
3.7	Läden, Online-Shops und Treffpunkte.....	29
4	Schlussfolgerungen zu den Handlungsfeldern eines Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus im Land Bremen	32
4.1	Handlungsfeld 1: Der Bereich Fußball-Fankultur	32
4.2	Handlungsfeld 2: Der Bereich Schule.....	33
4.3	Handlungsfeld 3: Der Bereich rechtsextreme Infrastruktur.....	34
4.4	Handlungsfeld 4: Der Bereich der rechtsextremen Parteien	35
4.5	Handlungsfeld 5: Der Bereich rechtsextremer (Jugend-)Gewalt	36
4.6	Weitere Ansatzpunkte von <i>pro aktiv gegen rechts</i>	37

1 Einleitung

Das vorliegende Lagebild „Rechtsextremismus im Land Bremen“ ist im Rahmen der Aufbauphase von *pro aktiv gegen rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven* entstanden, einem Projekt, das seit Januar 2008 im Referat „Kinder- und Jugendförderung“ der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales umgesetzt wird.

pro aktiv gegen rechts ist Teil des Bundesprogramms "kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus"¹, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiiert wurde und dessen Umsetzung in den Bundesländern bis Ende 2010 gefördert wird. Ziel ist es, die Verfestigung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Strukturen, insbesondere im Jugendbereich, zu verhindern und auf Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund abgestimmter und schneller als bisher zu reagieren. *pro aktiv gegen rechts* trägt damit im Land Bremen dem Beschluss aus dem gültigen Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Rechnung, in dem „der Kampf gegen Rechts“ explizit als Ziel formuliert ist:

„Der Kampf gegen Rechts bleibt eine zentrale Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft, dem wir uns zuvorderst verpflichtet fühlen. Bremen und Bremerhaven sollen tolerante, solidarische und weltoffene Städte sein. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus werden wir nirgendwo akzeptieren.“²

Im Zuge der Umsetzung von *pro aktiv gegen rechts* wurde bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die das Projekt im Kontakt mit der Zentralstelle des Bundesprogramms bei der Stiftung Demokratische Jugend in Berlin steuert. Die Koordinierungsstelle ist federführend beim Aufbau eines landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus. Angeschlossen ist eine Beratungsstelle mit zwei Mitarbeitern, bei der Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ämtern, Schulen, Jugendeinrichtungen und Verbänden etc., die mit rechtsextremistisch motivierten Äußerungen bis hin zu Übergriffen konfrontiert sind, Informationen, Beratung und erste Unterstützung erhalten.

Das Beratungsnetzwerk, das mit Schlüsselpersonen aus den betroffenen Ressorts, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Jugend- und Sozialarbeit, den Schulen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgebaut wird, hat zunächst die Aufgabe, auf die Lage in Bremen und Bremerhaven abgestimmte Interventionsstrategien zur Reaktion auf rechtsextremistische Aktivitäten zu erarbeiten. Das vorliegende Lagebild rechtsextremistischer Strukturen, Strategien und Erscheinungsformen im Land Bremen, das im Projektverlauf aktualisiert und fortgeschrieben werden soll, ist Grundlage für die Beratungen in diesem Netzwerk.

Für das Lagebild wurden Erkenntnisse der Berater aus der projekteigenen Beratungsstelle zusammengeführt und abgeglichen mit Daten und Fakten aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht und den Einschätzungen und Bewertungen von 15 Experten/innen, die zu diesem Zweck befragt wurden. Die Angaben der Gesprächs-

¹ <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de>

² Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007-2011, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesorganisation Bremen) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Bremen), 17.06.2007, Seite 93.

partner/innen erlauben es, Einschätzungen zu (jugend)kulturellen, ideologischen und politischen Entwicklungen zu berücksichtigen, die sich im Vergleich zu Wahlergebnissen und politisch motivierten Straftaten weniger in Zahlen erfassen lassen.

Über die Herangehensweise bei der Lagebilderstellung gibt das erste Kapitel Aufschluss, angeschlossen ist ein Kapitel mit den Definitionen der für das Lagebild zentralen Begriffe. In Kapitel zwei werden rechtsextreme Erscheinungsformen im Land Bremen zunächst im Überblick dargestellt, als lose strukturierte Chronologie und anhand des Datenmaterials, das aus der Strafverfolgung politisch motivierter Delikte „rechts“ vorliegt. Das dritte Kapitel arbeitet die rechtsextremistische Szene im Land detaillierter auf, indem das Akteursspektrum und seine Infrastruktur beleuchtet werden. Die Erkenntnisse werden in Kapitel vier zusammengeführt, indem zentrale Handlungsfelder eines Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus im Land Bremen skizziert werden.

1.1 Zur Vorgehensweise

Ziel rechtsextremer Akteure ist es, an kultureller Dominanz in der Gesellschaft zu gewinnen, um Wählerpotenziale zu generieren und zu mehr politischer Einflussnahme in den Parlamenten zu gelangen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind für die extreme Rechte folgende vier Strategien von besonderer Bedeutung³:

1. Eine rechtsextreme Erlebniswelt aufbauen. Durch Teilhabe an szeneeigenen Lifestyleelementen Spaß, Action und Zugehörigkeit ermöglichen.
2. Das Wort ergreifen. Politische und/oder kulturelle Gegenveranstaltungen nutzen, um die Veranstaltung für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Ehrenämter besetzen, z. B. in Sportvereinen und Elternräten.
3. Sich als „Kümmerer“ gerieren. Aktuelle gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen und instrumentalisieren, um stark autoritäre Strukturen einführen und verfestigen zu können.
4. Andersdenkende Einzelpersonen und Gruppen bedrohen und einschüchtern und/oder gewalttätig angreifen.

Die extreme Rechte nutzt diese Strategien für die Verbreitung und Verfestigung rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen, ihre Umsetzung ist aber nicht ohne weiteres messbar. Für die Erstellung des Lagebilds war es daher notwendig, Daten und Fakten, wie sie den Wahlergebnissen oder dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht⁴, den Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft entnommen werden können, mit qualitativen Einschätzungen und Bewertungen zu ergänzen.

Um qualitative Einschätzungen der Situation in Bremen und Bremerhaven auf möglichst breiter Basis zusammenzutragen, haben die Mitarbeiter der projekteigenen

³ vgl. beispielsweise Stefan Glaser / Thomas Pfeiffer (Hg.) „Rechtsextreme Erlebniswelt“, Wochenschauverlag, 1. Auflage 2007

⁴ Siehe die Berichte des Landesamtes für Verfassungsschutz aus den Jahren 2002 bis 2007 unter <http://www.bremen.de/sixcms/detail.php?id=339118>

Beratungsstelle in der Zeit von April bis Juni 2008 Interviews mit insgesamt 16 staatlichen und nicht-staatlichen Stellen geführt. Die Erkenntnisse wurden daraufhin sowohl mit den verfügbaren daten- und faktenbasierten Quellen als auch mit dem Erfahrungshintergrund der Projektmitarbeiter abgeglichen.

Ein solcher Ansatz ist auch deshalb von Vorteil, weil das Zuständigkeitsprofil von *pro aktiv gegen rechts* als Bremer Landesversion des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ bewusst weitläufiger definiert ist, als dies in der Mehrzahl der Beratungsnetzwerke in den Flächen-Bundesländern der Fall ist. Das Bundesprogramm geht in seinen Leitlinien davon aus, dass eine Beratungsleistung für Betroffene rechtsextremistischer Vorfälle ausschließlich in Krisensituationen in Anspruch genommen werden kann, d. h. in „akut bedrohliche[en] Situation[en] mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund“⁵. In Abstimmung mit der Koordinierungsstelle des Bundesprogramms sind im Land Bremen auch Vorfeldinterventionen möglich, d. h. die Beratungsstelle von *pro aktiv gegen rechts* schaltet sich auch dann ein, wenn eine Situation noch nicht akut bedrohlich ist, d.h. wenn nur ein Verdacht auf rechtsextreme Orientierungen vorliegt oder es zu einer unangenehmen Begegnung, aber noch nicht zu einem handfesten Konflikt mit der extremen Rechten gekommen ist.

Experten/innengespräche wurden mit den folgenden Stellen geführt:

Nr.	Einrichtung / Institution	Land / Stadtgemeinde
1.	AG Vielfalt-Bremerhaven	Bremerhaven
2.	Amt für Jugend, Familie und Frauen / Sachgebiet Streetwork	Bremerhaven
3.	Aussteigerhilfe des Landes Bremen	Land Bremen
4.	Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven	Bremerhaven
5.	DGB Region Bremen - Bremerhaven	Bremerhaven
6.	Fanprojekt Bremen e. V.	Bremen
7.	Initiative „Mut gegen Gewalt“	Bremerhaven
8.	Jugendbildungsstätte LidiceHaus	Land Bremen
9.	Kriminalpolizei Bremerhaven	Bremerhaven
10.	Staatsanwaltschaft Bremen	Land Bremen
11.	Staatsschutz Bremen	Land Bremen
12.	Stadtjugendring Bremerhaven e. V.	Bremerhaven
13.	Standpunkt Bremen e. V.	Bremen
14.	Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)	Bremen
15.	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	Bremen

⁵ Vgl. das Konzeptpapier des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie. Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“, <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/download/07-05-03-Konzept.pdf>, Stand: 03.06.2008

16.	Zentrum für Schülerbezogene Beratung / Landesinstitut für Schule	Bremen
-----	------------------------------------------------------------------	--------

Die Aussagen aus den Interviews werden im Folgenden anonymisiert wiedergegeben, d.h. sie lassen sich nicht institutionsbezogen zuweisen. Personen aus der rechtsextremen Szene in Bremen und Bremerhaven werden nicht namentlich benannt.

Weitere Erkenntnisse und Informationen zur Einschätzung des Rechtsextremismus im Land Bremen wurden Antworten des Senats auf Kleine Anfragen⁶ sowie dem erst kürzlich erschienenen „Vierten Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 – 2008“⁷ des Bremer Senats entnommen. Zudem wurden diverse bremenspezifische Veröffentlichungen und Webangebote berücksichtigt, die jeweils in den Fußnoten aufgeführt sind.

Der Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008 setzt einen Schwerpunkt auf die im Land getroffenen Präventiv- und Maßnahmen gegen rechtsextreme Bestrebungen. Auf die erneute Zusammenstellung dieser Aktivitäten wird daher in dem vorliegenden Bericht verzichtet.

Die Erstellung des Lagebildes von *pro aktiv gegen rechts* wird als kontinuierlicher Prozess verstanden. Das Lagebild soll auf der Grundlage neuerer Erkenntnisse der projekteigenen Beratungsstelle und dem Beratungsnetzwerk laufend fortgeschrieben und den Netzwerkpartnern jährlich in aktualisierter Version vorgelegt werden.

1.2 Begriffsdefinitionen

Die folgenden Begriffsdefinitionen werden der Lagebilderstellung zugrunde gelegt:

- **Rechtsextremismus.** Um rechtsextreme Entwicklungen für die genannten Bereiche im Land Bremen erfassen zu können, bedarf es einer Definition dieses handlungsleitenden Begriffs. Die Erläuterungen zum **Ethnopluralismus** und **Rechtspopulismus** beleuchten knapp Spezifika neuerer rechtsextremer Ausprägungen.
- Die Definition des Begriffs der **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** (GMF) nach Wilhelm Heitmeyer, ermöglicht es, auch Vorstufen eindeutig rechtsextremer Orientierungen in den Fokus zu nehmen, ohne daraus eine generelle Zuständigkeit für *pro aktiv gegen rechts* abzuleiten.⁸ Kern der Zuständigkeit von *pro aktiv gegen rechts* bleiben die Syndromfacetten des Rechtsextremismus: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
- **Demokratische Kultur.** Um aufzuzeigen, dass Interventionen im Rahmen der Arbeit des Beratungsnetzwerks sowohl gegen rechtsextreme Orientierungen

⁶ Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 7. Mai 2008.

⁷ Der Bericht wurde am 26.08.2008 veröffentlicht. Er wird im Folgenden als „Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008“ zitiert. Siehe:

http://www.inneres.bremen.de/sixcms/media.php/13/Rechtsextremismusbericht_2008.pdf

⁸ Vielmehr gilt es krisenhafte Entwicklungen in dieser Grauzone im Blick zu behalten und gegebenenfalls Hinweise an Arbeitsgruppen im Rahmen des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“ des Bremer Senats zu vermitteln und ggf. zu kooperieren. Siehe:

http://www2.bremen.de/info/presse/080129_Ju_Gewalt_Handlungskonzept_neu.pdf

und Bestrebungen als auch *für* die Absicherung Demokratischer Kultur eintritt, folgt eine Bestimmung eben dieses Begriffs.

Rechtsextremismus

Die extreme Rechte geht in ihrer Ideologie von einer Ungleichwertigkeit von Menschen(-gruppen) aus. Diese Ungleichwertigkeit wird in der Argumentation der extremen Rechten über angeblich unveränderbare biologische oder kulturelle Unterschiede begründet. Die Überzeugung von der Ungleichwertigkeit der Menschen dient dann als Grundlage der Rechtfertigung gegen „Minderwertige“ auch mit Gewalt(-anwendung) vorgehen zu können. Zusammenfassend lässt sich dies beschreiben in der Formel

Rechtsextremismus = Ideologie von Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz⁹.

In Schlagworten veranschaulicht ist Rechtsextremismus ein Konglomerat aus den folgenden Elementen, die jeweils stärker oder schwächer vertreten sein können:

Bereich der Einstellungen

- System der Ungleichwertigkeit
- Rassismus
- Antisemitismus
- Völkischer Nationalismus
- Antiindividualismus
- Antiuniversalismus
- Autoritarismus
- Demokratiefeindlichkeit
- Freund/Feind-Polarisierung
- Geschichtsrevisionismus

Bereich der Erscheinungsformen

- Organisierter Rechtsextremismus: Parteien, Kameradschaften, Vereine etc.
- Jugendkultur
- Wortergreifung
- Gewalt
- Terror¹⁰

Ethnopluralismus¹¹

Eine Besonderheit in der Ideologie der Neuen Rechten im Kontext von Ausgrenzung und Abwertung ist das Konzept des Ethnopluralismus. Er lässt sich anhand der folgenden Entwicklungslinien rechtsextremer Argumentationsmuster charakterisieren:

• Von der Natur zur Kultur

Statt der Konzeption biologischer Rassentheorien stellt die Neue Rechte den Begriff der Kultur ins Zentrum ihrer Überlegungen. Im Ergebnis gibt es einen

⁹ Wilhelm Heitmeyer (Hg.) „Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie“, Weinheim 1993

¹⁰ Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.: Impulse – Bildungsmaterialien aus dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Düsseldorf 2006

¹¹ Mathias Brodtkorb / Volker Schlotmann: Provokation als Prinzip, Schwerin 2008

„Rassismus ohne Rassen“, einen Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist. Nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere wird postuliert, sondern es wird sich darauf beschränkt, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten.

- **Vom Sozialdarwinismus zum Werterelativismus**

An die Stelle der Begriffe „Untermensch“ und „Minderwertigkeit“ treten Konzepte der „Differenz“ und der „prinzipiellen Andersartigkeit“. Der Andere ist nicht mehr an sich eine Bedrohung, sondern nur, wenn er im Eigenen anwesend ist. Es geht nicht mehr zwangsläufig um die Vernichtung des Anderen, sondern um dessen entschiedene Fernhaltung.

- **Vom Imperialismus zum Ethnopluralismus**

Im Gegensatz zum Imperialismus der traditionellen extremen Rechten, mit der Ausrichtung auf Expansion, kehrt sich die Richtung der Neuen Rechten um. Statt Eroberung der Welt, geht es um die „Reinhaltung“ der eigenen Kultur“. Ziel ist die Erhaltung der „Vielfalt der Völker“. Um dieses Ziel zu erreichen, muss aus Sicht der Neuen Rechten Migration verhindert und ggf. wieder rückgängig gemacht werden. Am Ende dieser modernisierten Begründung rechten Denkens steht letztlich ein Modus der Diskriminierung. Praktische Umsetzung des Ethnopluralismus findet sich u. a. in der Parole „Berlin den Deutschen – Istanbul den Türken“.

Rechtspopulismus

Als Rechtspopulismus (rechtspopulistische Positionen) werden Inhalte und Parolen erfasst, die dazu dienen sollen, Zielen, die in parlamentarischen Institutionen nicht mehrheitsfähig sind, mehr Gewicht zu verleihen. Die Parolen appellieren im wesentlichen an das Sicherheitsbedürfnis der Bürger/innen. Häufig werden in diesem Zusammenhang „Gesetz und Ordnung“ und „Nationalstolz“ thematisiert. Mittels dieser Kategorie wird nachfolgend beispielsweise die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ erfasst, die erstmals zur Bürgerschaftswahl 2007 antrat.¹²

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹³

Die als Wesensmerkmal von Rechtsextremismus genannte Ideologie der Ungleichwertigkeit lässt sich nach Heitmeyer ausdifferenzieren in Syndromfacetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das Konzept schließt die folgenden neun Syndromfacetten ein:

- 1) **Rassismus** umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf der Basis konstruierter "natürlicher" Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen. Es ist der Versuch, eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die u.a. auch an biologischen Unterschieden festgemacht werden.

¹² <http://www.buerger-in-wut.de>

¹³ Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, das die genannten Phänomene umfasst, geht zurück auf Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): "Deutsche Zustände", Folge 6, Frankfurt am Main 2007.

- 2) **Fremdenfeindlichkeit** ist in diesem Konzept auf kulturelle und materielle Aspekte bezogen. Die Abwehr von Gruppenangehörigen fremder ethnischer Herkunft ist zum einen auf (vermutete) Konkurrenz um (knappe) Ressourcen von Positionen, Plätzen etc. und zweitens auf die Etikettierung von "kultureller" Rückständigkeit ausgerichtet.
- 3) **Antisemitismus** richtet sich auf die Abwertung von Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft sowie ihrer kulturellen Symbole. Eine auf Stereotypen basierende Diskriminierungsbereitschaft und - als sekundärer Antisemitismus - der Vorwurf des Ausnutzens des Holocaust bilden die zentralen Elemente. Er thematisiert vor allem bedrohende "Verschwörungen" und "Ausbeutungen", die es abzuwehren gilt.
- 4) **Homophobie** bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund eines „normabweichenden“ sexuellen Verhaltens und damit verbundenen Auftretens in der Öffentlichkeit.
- 5) **Abwertung von Behinderten** meint feindselige Einstellungen, die sich gegen die „Normalitätsabweichung“ und den daraus angeblich abgeleiteten Unterstützungsforderungen ergeben.
- 6) **Abwertung von Obdachlosen** zielt in feindseliger Absicht auf jene Menschen, die Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nicht nachkommen.
- 7) **Etabliertenvorrechte** umfassen die von Alteingesessenen beanspruchte raum-zeitliche Vorrang- und Vormachtsstellung gegenüber "Neuen", "Zugezogenen" und solchen, die sich noch nicht angepasst haben. Heute sind Positionen sichtbar, die die Aufkündigung gleicher Rechte beinhalten, ganz gleich ob es sich um Aussiedler, neue oder zahlenmäßig kleine Minderheiten oder (anerkannte) Flüchtlinge handelt.
- 8) **Islamophobie** bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- 9) **Sexismus** betont Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisung an Frauen. Sexismus ist von den anderen Elementen des Konzepts insofern zu unterscheiden, als es sich nicht um Abwertungs- und Abwehrhaltungen gegen eine Minderheit handelt. Insofern kommt dem Sexismus eine Sonderrolle zu. Er wurde in das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aufgenommen, weil er ideologische Aspekte von Ungleichwertigkeit enthält.

Demokratische Kultur¹⁴

Der Begriff der „Demokratischen Kultur“ meint ein auf gegenseitiger Wertschätzung basierendes, gelebtes Miteinander. Zur Aufrechterhaltung Demokratischer Kultur gilt

¹⁴ Als Leitfaden zur Begriffsbestimmung „demokratischer Kultur“ diente der offene Brief „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister“ von Christian Petry in Wilhelm Heitmeyer (Hg.) „Deutsche Zustände“ Folge 4, 2006, S. 273-294

es, über ein abgestimmtes Handeln unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure, die Einfluss auf die öffentliche Meinung haben, dem Kampf um kulturelle Hegemonie, den die extreme Rechte erklärt, zu begegnen. Alle beteiligten Akteure arbeiten in dialogischen Prozessen und auf der Grundlage des Grundgesetzes. Auftretende Konflikte werden auf dieser Grundlage ausgehandelt. Die Grundüberzeugung: Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist kein guter Nährboden für Extremisten.

Demokratische Kultur kann gefördert werden durch:

- Etablierung bzw. Reaktivierung von „Leuchttürmen der Demokratie“ (Personen, Institutionen, Gebäude, Veranstaltungen)
- Ausstiegs- und Umstiegsangebote: Als Umstieg wird auch ein Ausstieg eines Jugendlichen in eine andere nicht rechte Gruppe begriffen. Hierfür müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.
- Die Berücksichtigung der Opferperspektive: Opfern rechter Gewalt konkrete Hilfe zukommen zu lassen und durch die Ablehnung menschenfeindlicher Ideologie und Agitationsformen (beispielsweise stellvertretend über den Bürgermeister) signalisieren, dass nicht das Opfer außerhalb der Gesellschaft steht. Zivilgesellschaft steht auf Seiten des Opfers, nicht auf der des Täters.
- Funktionalisierung demokratisch strukturierter (Sport-)Vereine und Initiativen als „Schulen der Demokratie“.

2 Rechtsextreme Agitation im Land Bremen im Überblick

2.1 Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund – Eine Chronologie

Die folgende Chronologie rechtsextremer Agitation in Bremen und Bremerhaven ist bewusst nur in zeitlicher Hinsicht strukturiert und enthält keine Gewichtungen, was die Art des Vorfalls und das Beeinträchtigungs- oder Gefährdungspotenzial Betroffener rechtsextremistischer Aktivitäten betrifft. Das Spektrum möglicher Beratungsanlässe von *pro aktiv gegen rechts* ist groß, hier soll zunächst die Bandbreite der Problemlagen abgebildet werden. Die genannten Ereignisse entstammen einer Preserecherche, den Interviews zur Lagebilderstellung und den Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz der vergangenen Jahre.

1991

- In der Nacht zum 3. Oktober 1991 verüben drei Jugendliche einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bremen-Schwachhausen. Einer der Jugendlichen ist heute noch eine Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene in Bremen mit bundesweiter Vernetzung. Er wird zu einem Jahr und neun Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. (Vgl. auch *Weser Kurier* vom 14. Mai 1992).

2000

- Herbst: Die Polizei verhaftet einen 21jährigen einschlägig bekannten Neonazi, der in seinem Kühlschrank Materialien für einen geplanten Rohrbombenanschlag auf ein überwiegend von Migranten bewohntes Gebäude in Bremen Nord aufbewahrte.¹⁵

2002

- Im Februar 2002 steht die rechtsextreme Hooliganband „Kategorie C“ im Vorprogramm der antirassistischen Band „Biohazard“ im Bremer Aladin. Aufgrund der Initiative von Akteuren aus dem Antifa-Spektrum wird „KC“ wieder ausgeladen.¹⁶
- Die Kinder eines vorbestraften Bremer Neonazis besuchen eine Waldorfschule in Bremen und der Vater engagiert sich dort als Begleitperson bei Klassenfahrten. Mit dem Ausstieg seiner Ehefrau aus der rechtsextremen Szene werden die Kinder von der Schule genommen und tauchen mit der Mutter im Rahmen eines Aussteigerprojektes unter.

2005

- Die Hooligangruppierung „Standarte“ feiert am 4. Juni 2005 auf einem Partyschiff an der Schlachte in Bremen ihr 15jähriges Bestehen. Eine Neonazifeier im Herzen Bremens.¹⁷
- Im Juli 2005 greifen Bremer Hooligans im Rahmen der Partie SV Werder Bremen II vs. FC St. Pauli links gerichtete Hamburger Fans an.

¹⁵ http://www.focus.de/politik/deutschland/extremisten-bombe-im-kuehlschrank_aid_186796.html,

Stand: 14.05.2008

¹⁶ <http://www.turnitdown.de/59.html>, Stand: 19.09.2008

¹⁷ <http://www.turnitdown.de/435.html>, Stand: 08.05.2008

- Im August 2005 werden bei einem einschlägig bekannten Bremer Neonazi 300 Exemplare der Schulhof CD „Anpassung ist Feigheit“ beschlagnahmt. Sie sollten an Bremer Schulen verteilt werden.¹⁸
- Im September werden Schulhof-CDs („Hier kommt der Schrecken aller linken Spießler und Pauker“) u.a. an der freien Bekenntnisschule in Bremen Habenhausen verteilt.¹⁹
- Im Bremerhavener Stadtteil Wulsdorf tauchen in massiver Häufung NPD-Aufkleber auf.

2006

- Im Herbst 2006 hindern Bremer Neonazis Jugendliche am Besuch einer Veranstaltung, die im Kontext der Ausstellung „Die Braune Falle“ des Verfassungsschutzes stattfindet.
- Rechtsextreme richten Ladengeschäfte ein, die beispielsweise Szenedelegationen anbieten und/oder als Szenetreffpunkt dienen, dies u.a. in der Bremer Innenstadt. Das Ladengeschäft „Sportsfreund“ wird im Herbst 2006 eröffnet.
- Am 4. November 2006 führt die NPD eine Demonstration im Bremer Stadtteil Gröpelingen durch. Vor und nach der Demonstration im November ist die NPD mit Infotischen in mehreren Stadtteilen präsent (Walle, Gröpelingen, Marßel).
- Bei einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus am 20.11.2006 in der Kirchengemeinde Bremen-Borgfeld versuchen Neonazis die Veranstaltung durch Wortbeiträge für sich zu instrumentalisieren. Im Nachgang der Veranstaltung bietet die NPD der Kirchengemeinde finanzielle Unterstützung für die Jugendarbeit an.
- Ca. 2006/2007 wird eine rechtsextreme Schülerzeitung im Bremer Kippenberggymnasium verteilt. Urheber ist vermutlich ein Schüler der Schule.
- Ende 2006 formiert sich aus „Schutz“ vor Angriffen aus der autonomen Szene, eine aus ca. 20 Personen bestehende „Eingreifgruppe“. Sie setzt sich zusammen aus Neonazis, Skinheads und Hooligans.

2007

- Im Januar 2007 meldet die NPD-Jugend eine „Mahnwache“ gegen Kindesmisshandlung an, die vor dem Klinikum Bremen Ost durchgeführt wird. Beteiligt sind NPD-Anhänger, Freie Nationalisten und Mitglieder der Gruppe Backstreet Skinheads.²⁰
- Im Januar 2007 überfallen Hooligans eine antirassistische Ultragruppierung im Ostkurvensaal des Weserstadions und verletzten einige Anwesende zum Teil schwer.
- Am 21. März 2007 stören junge Neonazis eine Infoveranstaltung der Volkshochschule Bremerhaven zum Thema „Neonazistinnen“.
- Am 16. August wird von Unbekannten an zwei Autobahnbrücken an der A1 und der A 27 jeweils ein großes Plakat mit der Aufschrift „Rudolf Heß von Engländern ermordet“ angebracht.
- Drei Aktivisten der Bremer Skinhead- und Hooliganszene werden in der Nacht vom 17. auf den 18. August von der Polizei auf frischer Tat gestellt, als sie an

¹⁸ <http://www.hagalil.com/archiv/2005/08/aktion-schulhof.htm>, Stand: 13.05.2008

¹⁹ http://bremen.antifa.net/was_ging/index_2005.php, Stand: 13.05.2008

²⁰ vgl. auch Artikel „Mit Kevins tragischem Tod auf Wählerfang“ im KURIER AM SONNTAG vom 21.01.2007

Wände des Bremer „Weserstadions“ Konterfeis von Rudolf Heß sprayen und Flyer kleben.

- Vom 13. bis 17. August fahren Rechtsextremisten mit einem LKW, an dessen Aufbauten ein Kopfbild von Rudolf Heß sowie die Aufschrift „Rudolf Heß, 1894 – 1987, Mord verjährt nicht“ aufgedruckt sind, durch mehrere deutsche Großstädte, am 16. August auch durch Bremen. Auf einer eigens eingerichteten Internetseite wird die Fahrt in einem Verlaufsbericht kommentiert (<http://www.46jahre.de>).
- Nach dem Verbot einer zentralen Gedenkveranstaltung in Wunsiedel (Bayern), dem Begräbnisort von Rudolf Heß, beteiligen sich Bremer Neonazis zusammen mit anderen Rechtsextremisten und Skinheads am 18. August 2007 an einer Ausweichveranstaltung in Kolding (Dänemark).
- Unter dem Motto „Aufmucken gegen Rechts? – nein danke! – linke Gewalt stoppen“ führt das so genannte „Bremer Bündnis“ am 22. September in Weyhe/Niedersachsen eine öffentliche Versammlung mit Aufmarsch durch, an der sich ca. 40 Rechtsextremisten aus Bremen und der regionalen niedersächsischen Szene beteiligen.
- Am 7. September tritt Udo Pastörs, der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in einer Bremer Gaststätte vor ca. 60 Rechtsextremisten mit einem Vortrag über die „Gefahren der Globalisierung“ auf.
- Am 9. Dezember fordert Andreas Molau, Spitzenkandidat der NPD bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag, im Rahmen einer „Jahresabschlussfeier“ von NPD und DVU Bremen als Gastredner in einer Bremer Gaststätte dazu auf, „Multikulti-Wahnsinn, Globalisierung und Zerstörung von Tradition und Familie entschlossen entgegenzutreten“.

2008

- Die NPD Bremen kündigt Anfang des Jahres 2008 auf ihrer Homepage eine Jugendoffensive an. Dort heißt es u.a.:

„Unter dem Motto ‚Der deutschen Jugend eine Stimme – National statt global!‘ sind unter anderem Infostände, Schulverteilungen, sowie der Besuch gegnerischer Veranstaltungen mit anschließender Diskussion für die nächsten Monate vorgesehen. Desweiteren werden, wie im Vorjahr, erneut intensiv Schulungen für Mitglieder und Interessenten angeboten werden.“²¹

- Am 13. Februar 2008 wird die Jugendbildungsstätte LidiceHaus in Bremen angegriffen. Die NPD distanziert sich deutlich von einer Tatbeteiligung.²² Es gibt dennoch Hinweise darauf, dass Tatverdächtige auch aus dem direkten Umfeld der NPD stammen und es wird vermutet, dass die Distanzierung aufgrund der aktuellen Debatte um ein NPD-Verbotsverfahren auf taktischen Überlegungen beruht.²³
- In der Nacht zum 19. Februar 2008 werden die Scheiben des Bremer Infoladens in der St.-Pauli-Straße mit Pflastersteinen eingeworfen. Die Angreifer hinterlassen neonazistische Schmierereien.

²¹ <http://www.npd-bremen.de/jugendprojekt.html>, Stand: 08.05.2008

²² <http://www.npd-bremen.de/presseluegt.html>, Stand: 23.04.2008

²³ Die Anschläge selbst sind aus Sicht der im Zuge der Lagebilderstellung befragten Experten/-innen eher geplante Aktionen als spontane Handlungen. Als Indiz dafür wird herangeführt, dass nur Gewalt gegen Einrichtungen ausgeübt wurde, denn Sachbeschädigung hat aus strafrechtlicher Sicht eine andere Qualität als etwa eine (versuchte, schwere) Körperverletzung.

- Am 19. Februar 2008 werden auf der Bahrs Plate in Bremen-Blumenthal Nazi-Schmiererein gemeldet, einem Ort der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten.²⁴

Die Anschläge ab dem 13. Februar 2008 wurden offenbar von einer Gruppe Bremer Rechtsextremisten (15 bis 22 Jahre) verübt, die sich kameradschaftlich organisiert haben. Gegen die Mitglieder dieser „Kameradschaft“ wurde von der Polizei ein Verfahren nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) eingeleitet.²⁵

- Die Fenster des Hauses der Jugend in Bremerhaven werden im März 2008, zwei Tage vor einem Rock gegen Rechts Konzert, mit NPD-Aufklebern überzogen.
- Am 19.04.2008 führt die NPD im Bremer Stadtteil Vahr an der Berliner Freiheit einen Infotisch durch.
- Den „Autonome Nationalisten“ zuzurechnende Rechtsextremisten aus Bremen beteiligen sich an Ausschreitungen zum 1. Mai in Hamburg.
- 16. Juni 2008: Bei einer Demonstration gegen den Szeneladen „Sportsfreund“ (siehe Kapitel 3.7) im Faulenquartier in Bremen treten zum Teil bewaffnete Hooligans den Demonstranten gegenüber. Einer der Hooligans wird verhaftet.
- Am 20. Juni 2008 provozieren zwölf rechtsextreme Hooligans auf der Brake in der Bremer Innenstadt (Kneipe „Bells“, siehe Kapitel 3.7) türkische Jugendliche, nachdem die Türkei bei der EM Kroatien besiegt hatte. Ältere Türken wirken beruhigend auf ihre Landsleute ein und verhindern eine Eskalation.²⁶
- Hooligans beginnen eine Schlägerei bei der Übertragung des EM-Spiels Deutschland vs. Türkei auf dem Domshof in Bremen.²⁷
- Im September 2008 veranstaltet der NPD-Kreisverband Bremen Stadt ein öffentliches Sommerfest, in das eigenen Angaben zufolge erfolgreich Jugendliche einbezogen wurden, die sich auf einem anliegenden Fußballplatz aufhielten.²⁸

2.2 Verfolgung politisch motivierter Straftaten „rechts“

Eine detaillierte Aufschlüsselung der politisch motivierten Straftaten „rechts“ ist dem jüngsten Bericht zum Thema Rechtsextremismus des Bremer Senats zu entnehmen.²⁹ Im folgenden werden ausgewählte Angaben zu den polizeilich erfassten Straftaten und den von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Strafverfahren aus dem Bericht referiert und interpretiert.

²⁴ Informationen zur Gedenkstätte Bahrs Plate:

http://www.kueste.vvn-bda.de/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=287&Itemid=53

²⁵ Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008, S. 12

²⁶ vgl. Berichterstattung im Weser Report vom 22.06.2008

²⁷ vgl. Berichterstattung im WESER KURIER vom 26.06.2008

²⁸ <http://fn-bremen.org/19.html>

²⁹ Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008, S. 10

Gesamtzahl politisch motivierte Straftaten „rechts“ im Land Bremen

2008 bisher: 23³⁰

2007: 134 (davon 23 in Bremerhaven)

2006: 138

2005: 121

Die Zahl der polizeilich erfassten, rechtsextremistischen Straftaten im Land Bremen bewegt sich innerhalb einer statistisch nicht signifikanten Schwankungsbreite. Laut Senatsbericht ist die Mehrzahl der Tatverdächtigen männlich, das Spektrum reicht von 15 bis 60 Jahren, das Gros der Männer ist zwischen 16 und 29 Jahren alt. Die Anzahl verdächtiger Frauen ist dagegen bislang marginal.³¹

Anhand der Belastungsziffer (Delikte pro 100.000 Einwohner) lässt sich zu den nördlichen Bundesländern für das Jahr 2006 folgender Vergleich ziehen:

- Schleswig-Holstein = 27,4
- Hamburg = 25,1
- Niedersachsen = 23,9
- Bremen (138 Delikte) = 20,8
- Mecklenburg-Vorpommern = 19,2

Bremen ist im Vergleich der Nord-Bundesländer folglich vergleichsweise weniger durch politisch motivierte Straftaten „rechts“ belastet.

Aufschlüsselung nach Art des Delikts im Jahr 2007:

Gewaltdelikte ³² :	17
Propagandadelikte:	84
sonstige ³³ :	33
gesamt	134

Die politisch motivierten Straftaten „rechts“ im Jahr 2007 waren zu einem hohen Anteil so genannte Propagandadelikte³⁴. Bei den Propagandadelikten überwiegen laut Senatsbericht³⁵ die Einzeltäter (etwa zwei Drittel), während ein Drittel der Taten von Gruppen begangen wurden. 23 der 84 Delikte wurden in Bremerhaven begangen. Für die Zahl der Propagandadelikte sind im Verlauf der vergangenen Jahre keinen nennenswerten Schwankungen zu verzeichnen.

³⁰ Hier enthalten sind die Angriffe auf antifaschistisch orientierte Einrichtungen in Bremen im Februar 2008.

³¹ Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008, S. 12

³² Alle Fälle sind einfache Körperverletzungen, darunter ist keine gefährliche oder schwere Körperverletzung.

³³ Dies sind z. B. Volksverhetzung, Beleidigung, Sachbeschädigung, u.a..

³⁴ Propagandadelikte sind die in § 86 StGB und § 86a StGB genannten Straftaten, die Verbreitung von Propagandamitteln und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen)

³⁵ hier S. 12

Gewaltdelikte „rechts“ der letzten Jahre in Bremen

2007: 17³⁶
2006: 2
2005: 10
2004: 2
2003: 3
2002: 7
2001: 3

Die hohe Zahl der Gewaltdelikte im Jahr 2007 ist vor allem dem Überfall auf eine antirassistische Fan-Gruppierung im Ostkurvensaal des Weserstadions im Februar des Jahres geschuldet (s. Kap. 2.1 Chronologie). Laut Senatsbericht weisen die Zahlen aus den Jahren 2005 und 2007 „qualitativ auf eine stärkere Gewaltorientierung der Täter hin“³⁷. Der Senatsbericht geht dieser Feststellung nach, indem auf eine Häufung der Rechts-Links-Konfrontationen innerhalb der Gewalt-Delikte hingewiesen wird, die auch als Zukunftstrend benannt wird.³⁸ Hier wird auf die aus ca. zwanzig Neonazis, Hooligans und Skinheads bestehende „Eingreiftruppe“ verwiesen, die Ende 2006 mit dem Ziel gegründet wurde, gegen Aktivisten aus dem Antifa-Bereich vorzugehen.³⁹

Eingeleitete Ermittlungsverfahren aufgrund des Verdachts politisch motivierter Straftaten „rechts“⁴⁰

Eingeleitete Ermittlungsverfahren ⁴¹	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Gesamt	232	199	202	117	119	336	152	131
Beschuldigte	147	163	171	69	84	249	118	82
Davon Jugendliche und Heranwachsende	72	85	65	17	24	18	47	36

Insgesamt beurteilt die Staatsanwaltschaft die Gesamtentwicklung im Bereich der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten in Bremen mit Blick auf die Tabelle als eher rückläufig.⁴² Besonders hervorgehoben wird der deutliche Rückgang der Zahl der jugendlichen oder heranwachsenden Beschuldigten: „Im Gegensatz zu den Jahren 2000 bis 2002 mit durchschnittlich 76 Jugendlichen und Heranwach-

³⁶ Davon kein Fall in Bremerhaven.

³⁷ Senatsbericht, S. 11

³⁸ Im September 2008 kündigen die „Freien Nationalisten Bremen“ auf Ihrer Website Racheaktionen gegen Aktivisten der Antifa an. Siehe: <http://fn-bremen.org/9.html>, Stand: 10.10.2008

³⁹ Senatsbericht, S. 12

⁴⁰ Die Tabelle ist dem Senatsbericht entnommen (S.12) Urheber ist der Senator für Justiz und Verfassung.

⁴¹ Einschließlich Verfahren gegen Unbekannt.

⁴² Der Ausreißer im Jahr 2005 (336 eingeleitete Verfahren) steht in Zusammenhang mit einem Beschuldigten, gegen den ein Verfahren nach § 130 StGB (Volksverhetzung) anhängig war, weil er in größerem Umfang strafrechtlich relevantes Schriftenmaterialien ins Bundesgebiet versandt hatte. Gegen die Empfänger wurden Verfahren eingeleitet und an die jeweils für den Wohnort zuständigen Staatsanwaltschaften weitergegeben (vgl. Senatsbericht, S. 13). Die höhere Anzahl der eingeleiteten Verfahren (u. a. § 86, 86a, 125, 125a, 130) im Jahr 2006 ist u. a. durch die oben erwähnte NPD-Demonstration in Walle/Gröpelingen bedingt.

senden befanden sich im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2007 nur noch 30 Jugendliche und Heranwachsende unter den Beschuldigten.“⁴³

Für die Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass viele Straftaten von Durchreisenden begangen wurden (Beispielsweise von Fußballfans). Für die Zählung entscheidend ist, wo der Täter die Tat begeht, nicht wo er seinen Wohnsitz hat. So begehen umgekehrt Bremer/innen Straftaten im Umland Bremens, die dann entsprechend in deren Statistik auftauchen und auch dort ggf. verhandelt werden. Laut Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus haben etwa zwei Drittel der Tatverdächtigen aus dem Jahr 2007 ihren Wohnsitz in Bremen, ungefähr ein Drittel in Niedersachsen.⁴⁴

Anhand der Zahlen des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft lässt sich für Bremerhaven keine Sonderstatus feststellen. Dort gibt es nicht mehr politisch rechtsextrem motivierte Straftaten als in Bremen.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008, S. 12.

3 Rechtsextreme Akteure und ihre Aktivitäten im Land Bremen

Wie ist das rechtsextremistische Personenpotenzial im Land Bremen einzuschätzen? Welche extrem rechten Parteien und Gruppierungen sind im Land präsent und in welcher Form sind sie politisch oder (sub-)kulturell aktiv? Die folgende Bestandsaufnahme ist nach dem Organisationsgrad der Akteure aufgeschlüsselt in einen Überblick über im Land Bremen aktive rechtsextreme Parteien, bestehende Kameradschaftsstrukturen, als rechtsextrem zu verortende Hooligans bis hin zu Erkenntnissen über die Situation Jugendlicher mit rechtsextremer Orientierung und dem entsprechenden Beratungsbedarf. Die Bestandsaufnahme wird ergänzt durch einen Überblick über die rechtsextreme Erlebniswelt im Land Bremen, die Musikszene sowie Läden und Versandhäuser, die entsprechende Lifestyleprodukte anbieten.

3.1 Rechtsextremistisches Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial im Land Bremen aus Parteien, Neonazis und Subkultur (Skinheads u. a.) wird vom Landesamt für Verfassungsschutz im Überblick über die vergangenen Jahre wie folgt angegeben:

2007:	265
2006:	285
2005:	295
2004:	285
2003:	320
2001:	340

Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Land Bremen im Jahr 2007 bewegt sich mit ca. 265 Personen auf dem Niveau der letzten Jahre, der Rückgang gegenüber 2006 wird insbesondere auf Parteiaustritte bei der DVU zurückgeführt. Im Jahr 2001 wurden dem rechtsextremistischen Spektrum noch 340 Personen zugeordnet, insgesamt kann hier ein schrittweiser zahlenmäßiger Rückgang festgestellt werden.

Das rechtsextremistische Personenpotential wird in den Verfassungsschutzberichten aufgeschlüsselt in Mitglieder rechtsextremer Parteien (hier: DVU und NPD), organisierte Neonazis und rechtsextreme Skinheads. Der Verfassungsschutz gibt den Anteil der organisierten Neonazis im Land Bremen für das Jahr 2007 mit ca. 15 Personen an⁴⁵, die Anzahl der rechtsextremen Skinheads wird mit 35 beziffert⁴⁶. Zudem wird der Zusammenschluss von Personen aus der NPD, „freien“ Nationalisten und Skinheads genannt, der sich „Bremer Bündnis gegen Gewalt“ nennt und aus ca. fünf Personen besteht.

⁴⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2007 des Landes Bremen, S. 31

⁴⁶ vgl. ebd. S. 36

3.2 Rechtsextreme Parteien⁴⁷

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

- Gegründet 1964
- Mitglieder im Land Bremen: ca. 60

Der NPD-Landesverband besteht aus den Kreisverbänden Bremen-Stadt und Bremerhaven. Dem Kreisverband Bremen-Stadt ist eine NPD-Jugendgruppe von ca. zehn Personen angegliedert.

An den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und der Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 2003 und 2007 hat die Partei in Folge der von den Parteien als „Deutschlandpakt“ bezeichneten Absprachen mit der DVU nicht teilgenommen. Die NPD ist daher weder in der Bremischen Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven noch in Stadtteilbeiräten vertreten. Nach Einschätzung der in die Lagebilderfassung einbezogenen Experten/innen ist davon auszugehen, dass der genannte Pakt zunehmend an Bedeutung verliert und die NPD bei kommenden Wahlen im Land Bremen selbst antreten wird.

Die letzten Wahlergebnisse der NPD im Land Bremen:

Europawahl 2004:

Land Bremen:	0,83% (1.483 Stimmen)	1999: 0.43% (923)
Stadt Bremen:	0.67% (1.003 Stimmen)	1999: 0.39% (700)
Stadt Bremerhaven:	1.70% (480 Stimmen)	1999: 0.62% (223)

Bundestagswahl 2005:

Land Bremen:	1.48% (5.341 Stimmen)	1999: 0.48% (1.801)
Stadt Bremen:	1.37% (4.121 Stimmen)	1999: 0.44% (1.372)
Stadt Bremerhaven:	2.01% (1.220 Stimmen)	1999: 0.66% (429)

Der Landesvorsitzende der NPD Bremen wird von den befragten Experten/innen als eher mäßigend eingeschätzt, da er fanatische Gewalttäter in seiner Gruppe offenbar ablehnt. Gleichwohl hat die Staatsanwaltschaft Bremen gemäß § 130 StGB (Volksverhetzung) Anklage gegen ihn erhoben. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Familienpolitik der Nationalsozialisten hatte er im November 2007 auf der Internetseite der Bremer NPD einen Text mit der Überschrift „Brief an Eva Herman“ eingestellt. Laut dem Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008 beinhaltet der Text „sowohl verfassungsfeindliche Zielsetzungen als auch aktiv-kämpferische Elemente gegen Merkmale der „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung“⁴⁸.

Die Wahl des Kreisverbandvorsitzenden der NPD Bremerhaven dokumentiert aus Sicht der im Zuge der Lagebilderfassung befragten Experten/innen eine Öffnung der Partei gegenüber der freien Neonaziszene; der entsprechende Funktionsträger gilt

⁴⁷ vgl. zu den Ergebnissen der vergangenen Wahlen im Land Bremen:

http://www.radiobremen.de/magazin/politik/wahl_2007/ergebnisse/, Stand: 17.09.2008

⁴⁸ Vierter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 – 2008, S. 10.

als Gründer der rechtsextremen Skinheadgruppe „Backstreet Skinheads“ in Bremerhaven.

Öffentliche Aktionen der NPD der vergangenen Jahre

In ihrem Wahlkampf zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 versuchte die NPD insbesondere Erstwähler/innen zu erreichen. Im November 2006 trat die NPD unter anderem mit einer Demonstration in Walle/Gröpelingen sowie mit Infoständen in den selben Stadtteilen und Verteilaktionen der so genannten Schulhof-CDs in Erscheinung. Die Schulhof -CDs tauchten u. a. an einer Schule in Habenhausen und an einer Berufsschule in Walle auf. Auch an einigen Bremerhavener Schulen versuchte die NPD ihre CD zu verteilen. Dies konnte durch ein frühzeitiges Intervenieren und Aufklären durch verschiedene Organisationen größtenteils unterbunden werden.

Auf ihren Internetseiten kündigten sowohl der Landesverband der NPD als auch die Jugendorganisation im April 2008 eine „NPD-Jugend-Offensive“ an.⁴⁹ Dies bestätigt das Bemühen um Jugendliche bzw. Erstwähler/innen. Der Einschätzung einzelner Experten/innen nach wird diese „Jugend-Offensive“ bereits umgesetzt. Nicht in der Form massiver öffentlicher Auftritte, sondern über eine zunehmende Vernetzung auf privater Ebene, in Form von Gemeinschaft in kleinen, privaten Kreisen, die sich in erster Linie über Spaß und Action definieren. Teil der Action ist dann beispielsweise auch das Kleben von so genannten Spuckies etc.⁵⁰

Die „Jungen Nationaldemokraten“ in Bremen haben sich verschiedenen Angaben zufolge in der Vergangenheit häufiger in einer Gaststätte im Stadtteil Walle getroffen. Im Januar 2007 führten Mitglieder der NPD eine von der NPD-Jugendorganisation angemeldete Demonstration vor dem Klinikum Bremen Ost durch mit dem Motto „Ihr werdet es nie kapieren, Kindermörder kann man nicht therapieren“.⁵¹

Vor dem Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ im Stadtteil Vahr wurde - ebenfalls von der NPD-Jugendorganisation – Mitte April 2008 ein NPD-Infotisch angemeldet. Bei der Durchführung kam es laut Internetseite der NPD-Jugend nach kurzer Zeit zu handgreiflichen Protesten von Gegendemonstranten.⁵²

Deutsche Volksunion (DVU)

- 1971 Gegründet als Verein DVU e.V., 1987 als DVU-Liste D, 1991 in DVU umbenannt.
- Mitglieder im Land Bremen: ca. 145 (2005: ca. 170)
- Organisation/Struktur: Der DVU-Landesverband besteht aus den Kreisverbänden Bremen und Bremerhaven.

Ergebnisse der DVU bei den vergangenen Wahlen

⁴⁹ <http://www.npd-bremen.de> und <http://www.npd-jugend.de>

⁵⁰ <http://www.jugend-offensive.info>

⁵¹ Um emotionale Anknüpfungspunkte herzustellen, setzt die NPD immer wieder auf das Thema Kindesmisshandlung (vgl. auch Artikel „Mit Kevins tragischem Tod auf Wählerfang“ im „Kurier am Sonntag“, 21.01.2007).

⁵² <http://www.npd-jugend.de/index2.htm>, Stand: 23.04.2008

Bürgerschaftswahl 2007

Land Bremen:	2.7% (7.587 Stimmen)	2003: 2,28% (6.642)
Stadt Bremen:	2,2% (5.211 Stimmen)	2003: 1.37% (3.376)
Stadt Bremerhaven	5.4% (2.376 Stimmen)	2003: 7,10% (3.266)

Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 2007:

5.5% (2.468 Stimmen), 2003: 8.08% (3.564)

Trotz des aus Sicht der Partei ungünstigen Ergebnisses der Bürgerschaftswahl 2007 war die DVU durch die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde im Wahlbereich Bremerhaven zunächst mit einem Sitz in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Seit ihr Kandidat die Partei im Sommer 2007 verlassen hat, ist sie es nicht mehr. Der langjährige DVU-Vorsitzende ist zusammen mit einem weiteren ehemaligen DVU-Abgeordneten der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung offenbar mit dem Aufbau einer neuen Protest-Vereinigung befasst. In der Stadtverordnetenversammlung ist die DVU seither nur noch mit einem statt noch kurz nach der Wahl drei Sitzen vertreten.

Der nach den Austritten im Sommer 2007 eingeleitete personelle Wechsel bei der DVU in Bremerhaven geht aus Sicht der befragten Experten/innen mit einem inhaltlichen Kurswechsel einher. Der neue DVU-Vorsitzende sucht offenbar deutlich offensiver den Kontakt zu jugendlichen Erstwählern. Für Aufsehen sorgte u. a. dessen Forderung an die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, ein unabhängiges und selbstverwaltetes Jugendzentrum in Bremerhaven einzurichten. Die Forderung wird abgelehnt.⁵³ Da der ursprünglich bis 2009 vereinbarte „Deutschlandpakt“ zwischen DVU und NPD offensichtlich bröckelt, deuten solche Vorstöße darauf hin, dass die DVU ihrerseits den „Kampf um die Erstwähler“ forciert.⁵⁴

In den letzten zwanzig Jahren gelang es der DVU in Bremerhaven durchgängig, in das Stadtparlament gewählt zu werden.⁵⁵ Obwohl die 2007 erreichten 5,5% einen deutlichen Verlust gegenüber den Vorjahren bedeuten, kann die Partei in keinem anderen Gemeinwesen einen ähnlich kontinuierlichen Erfolg vorweisen. Die Hintergründe der Wahlerfolge der DVU in der Stadt wurden bislang nicht umfassend untersucht. Aufschlussreich ist eine Aufarbeitung der kommunalpolitischen Arbeit der DVU in der Stadtverordnetenversammlung, welche die CDU-Fraktion im Jahr 2006 vorgelegt hat.⁵⁶ Sie listet alle Anträge der DVU in der Legislaturperiode 1999 bis 2003 auf und leistet den Nachweis, dass den Auftritten der DVU in der Stadtverordnetenversammlung beinahe durchgängig keine konstruktive Intention, sondern die Aussicht auf einen kurzfristig verwertbaren, populistischen Effekt zugrunde liegt.⁵⁷ Das Aktivierungspotenzial der DVU bei Wahlen in Bremerhaven

⁵³ vgl. das Protokoll der 3. Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendrechte“ des Jugendhilfeausschusses vom 07.04.2008, S. 3

⁵⁴ Siehe zum „Bröckeln“ bzw. „Neuverhandeln“ des Deutschlandpaktes auch http://de.altermedia.info/general/lauwarmes-versprechen-250408_13948.html, Stand:29.04.2008

⁵⁵ Der erste Wahlerfolg der DVU in Bremerhaven im Jahr 1987 ist bereits mithilfe eines Wahlbündnisses mit der NPD zustande gekommen.

⁵⁶ vgl. das Positionspapier „18 Jahre sind zuviel!!! Die DVU in der Stadtverordnetenversammlung“ der CDU Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven 2006. Zum Download unter: <http://www.cdu-bremerhaven.de/html/docs/download.shtml>

⁵⁷ So werden z. B. wiederholt Anträge gestellt, die aus rein formalen Gründen abgelehnt werden müssen, weil der entsprechende Sachverhalt z. B. bereits verhandelt wurde. Die DVU nutzt die

lässt laut Gesprächspartnern von *pro aktiv gegen rechts* und dem jüngsten Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus allerdings keine Rückschlüsse auf ein organisiertes rechtsradikales oder rechtsextremes Netz in Bremerhaven zu.

In der Stadt Bremen wurden am 13. Mai 2007 parallel zur Bürgerschaftswahl auch die Mitglieder der Beiräte in den Stadtteilen direkt gewählt. Die DVU ist in vier Beiräten vertreten (Huchting, Vahr, Walle und Osterholz). Im Koalitionsvertrag 2007 zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden die Beiräte als „ein wichtiger Baustein für die Stärkung der lokalen Demokratie“⁵⁸ klassifiziert. In diesem Kontext gilt es zu klären, ob und in welcher Form die vier gewählten Vertreter der DVU die Arbeit in den Beiräten beeinflussen. Dazu liegen zum Zeitpunkt der Herausgabe der vorliegenden Version des Lageberichts nur wenig Informationen vor.

3.3 Kameradschaften

Auf Kameradschaftsebene benennen die befragten Experten/innen zwei Gruppierungen, die im Land Bremen aktiv sind: Die stärkste und älteste Verbindung ist die „Kameradschaft Bremen“, die sich laut Einschätzung der Experten/innen und des Verfassungsschutzes aus 15 Personen zusammensetzt durch eine heterogene Altersstruktur gekennzeichnet ist (ca. 16 bis 45 Jahre). Bezüglich der Personenstärke bestehen hier jedoch unterschiedliche Einschätzungen. Der Senat kommt in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 07.05.2008 zu der Einschätzung, dass die „Kameradschaft Bremen“ aufgrund von Querelen und dem Rückzug einiger Führungspersonen auf „eine Hand voll Mitglieder“ geschrumpft ist.⁵⁹

Als zweite Gruppierung werden die „Backstreet Skinheads“ benannt, eine Kameradschaft, die in Bremerhaven ihren Ursprung hatte und aus deren Reihen verschiedenen Angaben zufolge der gegenwärtige Kreisverbandsvorsitzende der NPD Bremerhaven hervorgegangen ist. Die „Backstreet-Skinheads“ gelten inzwischen als weitgehend inaktiv.

Im Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008 wird von der Gründung einer neuen Kameradschaft berichtet, die sich im Kontext der Übergriffe auf antifaschistisch agierende Einrichtungen, u.a. der Jugendbildungsstätte LidiceHaus, in Bremen im Februar 2008 konstituiert haben soll. Zumindest für einen Teil der Anschläge sei eine Gruppe von jungen Bremer Rechtsextremisten im Alter von 15 bis 22 Jahre verantwortlich, die sich kurz vor den Anschlägen zu einer „Kameradschaft“ zusammengeschlossen hätten. Die Polizei leitete gegen die Mitglieder der „Kameradschaft“ ein Verfahren nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) ein.⁶⁰

Insgesamt stellen die befragten Experten/innen fest, dass es kein oder kaum öffentliches Auftreten von Neonazis in Bremen gibt. Der Dresscode ist zunehmend

„Ablehnung“ ihrer Anträge im Anschluss, um per Flugblättern in den Stadtteilen ein Engagement für die Bürger vorzutäuschen, das vom Magistrat „wieder einmal“ gestoppt wurde.

⁵⁸ Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007-2011, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesorganisation Bremen) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Bremen), 17.06.2007, Seite 94.

⁵⁹ Antwort des Senats auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 07.05.2008, S. 2

⁶⁰ Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008, S.

bewusst unauffällig. Diese Einschätzung wird im Verfassungsschutzbericht des Landes Bremens für das Jahr 2006⁶¹ sowie im Senatsbericht zum Thema Rechtstextremismus 2008⁶² geteilt.

3.4 Hooligans

Neben der Kameradschaftsszene sind nach Einschätzungen der Gesprächspartner/innen von *pro aktiv gegen rechts* Gruppierungen aus dem Fußballzusammenhang von zentraler Bedeutung. An erster Stelle wird hier stets die stark rechtsextremistisch beeinflusste Hooligangruppierung „Standarte Bremen“ genannt. Die „Standarte“ gilt als äußerst gewaltbereite Gruppierung, die über einzelne Mitglieder über Verbindungen zu kriminellen Milieus verfügt.⁶³

Als Treffpunkt der „Standarte“ bei Heimspielen gilt eine Kneipe Nähe der Hamburger Straße. Das Verhalten einzelner Standartemitglieder ist ambivalent. Gegenüber den jüngeren Fans (und Ultras) treten sie momentan gemäßigt auf mit dem Ziel, in der jüngeren Fangemeinde Akzeptanz und Unterstützung zu erhalten und möglicherweise auch interessierten Nachwuchs auf sich aufmerksam zu machen.

Als Vorfeldorganisation der „Standarte“ gilt die Gruppierung „Nordsturm Brema“⁶⁴ aus Weyhe, zuweilen auch „Jung-Standarte“ genannt. Mitglieder von „Nordsturm Brema“ werden von einigen der befragten Experten/innen für den Überfall auf eine antirassistische Ultragruppierung im Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions im Februar 2007 verantwortlich gemacht. U. a. als Resultat dieses Übergriffes haben zentrale Mitglieder der „Standarte“ sowie bekannte Personen aus dem Bremer Neonazispektrum im Ostkurvensaal des Weserstadions Hausverbot.⁶⁵

Auch im Umfeld der Public-Viewing-Veranstaltungen bei der EM 2008 fielen Hooligans durch Übergriffe auf türkische Fans auf. Am 20. Juni 2008 provozieren zwölf rechtsextreme Hooligans im Bahnhofsviertel nahe der als Szenetreffpunkt bekannten Kneipe „Bells“ türkische Jugendliche, nachdem die Türkei bei der EM im Elfmeterschießen Kroatien besiegt hatte. Ältere Türken wirkten beruhigend auf ihre Landsleute ein.⁶⁶ Bei der Übertragung des Spiels Deutschland vs. Türkei begannen Hooligans eine Schlägerei auf dem Domshof.⁶⁷

Insgesamt sehen die Befragten eine personelle Überschneidung einzelner Hooligans, die sowohl in der Neonaziszene als auch in rechtsextremen Parteien aktiv

⁶¹ hier S. 27

⁶² hier S. 16

⁶³ Hier geht es insbesondere um Kontakte in zu Rockergangs und in die Türsteher-Szene. Siehe „Mit geballter Faust. „Gremium MC“ ist größte Rockergang / Verbindungen zu Neonazis und Hooligans“ im WESER KURIER vom 19. Juli 2008, S. 14

⁶⁴ Die Gruppe „Nordsturm Brema“ hat sich aus der „Eastside“ abgespalten, einem Zusammenschluss aller Ultragruppierungen. Wegen der zunehmenden Differenzen aufgrund der unterschiedlichen politischen Orientierungen, löste sich die „Eastside“ auf und es entstanden politisch links und (extrem) rechts stehende Ultragruppen. Zu Zeiten von „Eastside“ nannte sich „Nordsturm“ noch „Eastside - Sektion Weyhe“.

⁶⁵ Siehe zum Stand der strafrechtlichen Aufarbeitung des Überfalls rechter Hooligans auf Partygäste im Ostkurvensaal den Bericht „Zeit spielt Hooligans in die Hände. Fußballschläger noch nicht zur Rechenschaft gezogen“ im WESER KURIER vom 20.09.2008, S. 29.

⁶⁶ vgl. Weser Report vom 22.06.2008

⁶⁷ vgl. WESER KURIER vom 26.06.2008

sind. Bestätigt wird diese Einschätzung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen, im Jahresbericht 2006 von der Einrichtung einer „Eingreifgruppe“ berichtet, die sich aus Neonazis, Skinheads und Hooligans zusammensetzen soll.

Als eher unpolitisch aber mit Kontakten zur „Standarte“ wird die Ultragruppierung „Rolands Erben“ eingeschätzt. Diese Gruppierung ist u.a. durch einen höheren Altersdurchschnitt (25 bis 30 Jahre) gekennzeichnet. Ebenfalls in Kontakt mit der „Standarte“ steht die Gruppierung „City Warriors“, die im Juni 2005 ihr 10jähriges Bestehen feierte.

Festzuhalten bleibt: Die Kontakte von Bremer Neonazis und Skinheads zu Teilen der gewaltbereiten Bremer Hooliganszene haben sich verfestigt. Eine „Eingreifgruppe“ aus ca. 20 Personen will Attacken von politischen Gegnern entgegenwirken. Seit Beginn des Jahres 2007 suchen Mitglieder dieser Gruppe gezielt Treffpunkte oder Veranstaltungen von Antifa-Aktivisten auf und provozieren Konfrontationen mit dieser Szene.⁶⁸ Die Entwicklungen im und um das Weserstadion bzw. dem Ostkurvensaal, werden von Experten/innen als problembelastet benannt. Nach ihren Einschätzungen ist das Fußballumfeld ein zentrales Rekrutierungsfeld für die extreme Rechte, insbesondere im Hinblick auf potenzielle Gewalttäter. Anhaltspunkte für die Entwicklung ist die (Neu-)Bildung von Vorfeldgruppierungen („Nordsturm“) der Standarte. Jugendliche erlangen hier über Anwärterschaften Zugang zur harten Szene, womit in Einzelfällen auch ein Einstieg in benachbarte kriminelle Milieus möglich ist. Actionorientierung und Machogehabe scheinen insbesondere für die jungen Männer von zentraler Bedeutung zu sein.

3.5 Jugend-Cliquen und das Umfeld Schule

Die extreme Rechte ist auf der Suche nach jugendlichen Erstwähler/innen. Zu ihrer Zielgruppe gehören Gymnasiast/innen ebenso wie Haupt- und Berufsschüler/innen. Den Kontakt suchen rechtsextreme Akteure jedoch nicht nur über die Schulhöfe, sondern auch im Freizeitbereich. Um den Zugriff der extremen Rechten zu erschweren, werden in Bremen und Bremerhaven in verschiedenen Stadtteilen (ehemals) rechtsextrem orientierte Jugendcliquen durch – z. T. aufsuchende - Jugendarbeit begleitet. In Bremen übernimmt dies der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit VAJA e. V., in Bremerhaven das Sachgebiet Streetwork des Amtes für Jugend, Frauen und Familie. Im Kontext von Schule sind die an das Landesinstitut für Schule angegliederten Zentren für Schülerbezogene Beratung zuständig. Über Beratungserfahrung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen verfügen darüber hinaus die in Bremerhaven angesiedelte Anlaufstelle für Ausstiegswillige des Landes Bremen⁶⁹ und die Jugendbildungsstätte LidiceHaus in Bremen mit ihrem bundesweit nachgefragten Angebot zur Qualifizierung von Beratern/innen der Angehörigen rechtsextrem orientierter Jugendlicher.

Die Betreuer/innen rechtsextrem orientierter Jugendlicher schätzen das Potenzial menschenfeindlicher Orientierungen in Bremen und Bremerhaven als hoch ein. Insbesondere der NPD trauen sie zu, vorhandene rechtsextreme Ressentiments aufnehmen und instrumentalisieren zu können. Eine Offensive der NPD würde ihrer Ansicht nach bei vielen Jugendlichen Resonanz finden. Wahlberechtigte Jugendliche

⁶⁸ Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 07.05.2008

⁶⁹ <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.2631.de>

aus begleiteten Cliques geben oftmals an, dass sie nicht wählen gehen, da es eh nichts bringe. Wenn sie aber einer Partei ihre Stimme geben würden, dann der NPD.

Diese Schilderungen knüpfen an Erfahrungen von Rechtsextremismus-Experten/innen an, die als Referenten an Bremer Schulen tätig waren. Sie berichten, dass Schüler/innen in Bremen die Frage ob die NPD eine (im Sinne der oben genannten Definition) rechtsextreme Partei sei, zunehmend verneinen. Solange die NPD eine wählbare Partei sei, und deren Mitglieder mitdiskutieren wollen, ohne sich gewalttätig zu verhalten, sei die Partei nicht als rechtsextrem zu bewerten.

Jugendlichen, die sich rechtsextrem orientieren, ist der Erfahrung der Experten/innen nach oftmals gemein, dass Sie sich in der Phase der Ablösung vom Elternhaus und der Suche nach ihrer eigenständigen Identität in krisenhafte Prozesse verstricken. Statt die Krisen zu meistern und eine selbstbestimmte Persönlichkeit zu entwickeln, ersetzen diese Jugendlichen eine eigene Identität durch „die Magie der Gruppe“. Immer wieder auftauchende Krisen bei den Jugendlichen sind einem Mangel an Selbstwert, Leistungsschwierigkeiten und massivem (teilweise krankhaftem) Alkoholkonsum zuzuschreiben. In diesem Zusammenhang kommt der Schule eine zentrale Bedeutung bei der Krisenwahrnehmung und Krisenintervention zu.

Beratungsklientel der Experten/innen im Land Bremen sind ganz überwiegend männliche Jugendliche bzw. deren Angehörige. Die Freundinnen der jungen Männer können nicht zwangsläufig als Distanzierungsfaktor gelten. Vielfach ist es so, dass gerade Mädchen und junge Frauen von den „starken Kerlen“ innerhalb der Szene angezogen fühlen und durch das ihnen eigene „soziale Engagement“ zur Festigung der Gruppenstruktur beitragen.

Ein zentraler Stolperstein auf dem Weg in die rechtsextreme Szene scheint der Beginn der Straffälligkeit. In dem Moment, in dem Jugendliche bei strafbaren Handlungen erwischt werden, registrieren sie, dass sie durch ihr kriminelles Handeln ihre (berufliche) Zukunft massiv selbst negativ beeinflussen.

Ein Beispiel aus Bremerhaven macht dies deutlich: Ein 15jähriger Jugendlicher hatte in der Schule den Hitlergruß gezeigt. Dies wurde vom Schulleiter an die Staatsanwaltschaft gemeldet. Gleichzeitig bestand der Schulleiter auf die Durchführung erzieherischer Maßnahmen. Sollte der Schüler diesen nicht nachkommen, würde Anklage gegen ihn erhoben. In diesem Fall funktionierte das Zusammenspiel von Repression und Auseinandersetzung mit dem Geschehenen offenbar gut. Ob eine nachhaltige Wirkung erzielt wird, lässt sich nicht belegen. Dies gilt aber sowohl für ausschließlich erzieherische als auch ausschließlich repressive Maßnahmen.

3.6 Musikszene

Nachfolgend werden Bremer Musikbands vorgestellt, die dem rechtsextremen Spektrum im Land Bremen zuzurechnen sind oder die eine Scharnierfunktion zwischen extremer Rechter und Hooliganszene inne haben. In Bremen sind und waren die folgenden Rechtsrockbands aktiv:

1. Endstufe
2. Endlöser

3. KC - Hungrige Wölfe
4. Nahkampf
5. Rufmord
6. Hetzjagd
7. Vollcontact
8. Boots Brothers

In der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 7. Mai 2008 werden die Gruppen „Hetzjagd“, „Endlöser“ und „Endstufe“ als aktive, dem Rechtsextremismus zugehörige Bands benannt, die sich insgesamt aus einem Kreis von ca. acht Personen konstituieren.

Trotz der vergleichsweise großen Zahl rechtsextremer Musikbands im Land Bremen wird vom Verfassungsschutz Bremen für das Jahr 2006 keine Konzertveranstaltung im Land festgestellt. Im Senatsbericht zum Thema Rechtsextremismus 2008 wird festgestellt, dass in den letzten Jahren in Bremen keine „Skinheadkonzerte“ stattfanden⁷⁰. Auftritte Bremer Bands finden offenbar sehr konspirativ oder außerhalb der Bremer Landesgrenzen und mitunter auch im europäischen Ausland statt, die Bremer Fans reisen jeweils hinterher. So spielte die Band „Hetzjagd“ u.a. bei einem Konzert in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern), das von der Polizei aufgelöst wurde. Die älteste Bremer Rechtsrockband „Endstufe“ spielte im Juli 2007 in Norditalien. Die Bands „Endstufe“, „Endlöser“ und „KC – Hungrige Wölfe“ werden im Folgenden genauer portraitiert.

Endstufe

Die rechtsextreme Musikszene hat in Bremen eine lange Tradition. Dies lässt sich insbesondere an der Rechtsrockband „Endstufe“⁷¹ aus Bremen Findorff festmachen. „Endstufe“ feierten im Jahr 2006 ihr 25jähriges Bandjubiläum. Im selben Jahr erschien ihre CD „Feuer frei!“.

Auszug aus dem Lied „Feuer frei!“:

„Es ist doch kein Wunder, dass die Straßen brennen
 Es ist doch kein Wunder, dass die Städte brennen
 Wir wussten, dass es so kommen muss
 Eure kranke Politik, gab den ersten Schuss
 Nun drehen sie durch, woran mag das wohl liegen?
 Passt gut auf, dass sie euch nicht kriegen

Feuer frei, die Erde bebt
 Feuer frei, das Ghetto lebt
 Politiker – ihr seid die Täter
 Volksvertreter oder Volksverräter“

Quelle: Endstufe: CD: Feuer frei, 2006

⁷⁰ hier S. 16

⁷¹ <http://www.endstufebremen.de>

Die Band ist dem Hammerskinspektrum⁷² zuzurechnen und versteht sich selbst als Skinheadband. Der Musikstil lässt sich als „Oi! Musik“ benennen. Die Band tritt europaweit auf und spielte zuletzt ein Konzert am 15. März 2008 in Thüringen.

Endlöser

Die Band „Endlöser“ (ehm. „Schlachtruf“), die seit den 1990er besteht, scheint seit der letzten Veröffentlichung „Wir geben Gas“ aus dem Jahr 2006, nicht mehr aktiv zu sein.

Der Musikstil von „Endlöser“ lässt sich als Metal bezeichnen. Sowohl ihre Covergestaltung als auch ihre Texte lassen einen deutlichen Bezug zu nationalsozialistischer Ideologie erkennen. Auf dem Cover der letzten Veröffentlichung waren zu dem Titel „Wir geben Gas“ blutverschmierte Verbrennungsöfen eines Konzentrationslagers zu sehen. Die CD wurde zunächst von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Die Staatsanwaltschaft Bremen erkannte darüber hinaus strafrechtlich relevante Inhalte auf der CD, die letztendlich zu einem allgemeinen Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Bremen in Hinblick auf § 130 StGB (Volksverhetzung) führten.

Die Mitglieder von „Endlöser“ lassen sich ähnlich wie die der Band Endstufe dem Hammerskinspektrum zurechnen. Konzerte der Band wurden verboten und in der Vergangenheit auch von der Polizei aufgelöst. Zwischen „Endstufe“ und „Endlöser“ gibt es personelle Überschneidungen. Dieses Phänomen findet sich bei weiteren Bremer Bands, es gilt aber auch bundesweit.

Auszug aus dem Lied „System und Kapital“

*„Kameraden wir haben nicht viel Zeit
Macht euch zur Befreiung unseres Landes bereit
Lasst uns die Szene vereinen, Konflikte beheben
Wir müssen uns neu ordnen, unseren Glauben beleben*

*Durch Islam und Kapital sind wir in Gefahr
Handeln wir nicht bald, stehen wir bald ohne Heimat da
Dann werden wir vertrieben, wie dummes Vieh
So schlecht wie dann, ging es uns hier noch nie“*

Quelle: Endlöser: CD: Wir geben Gas, 2006 (CD-Cover mit Verbrennungsöfen)

Eine weitere Bremer Band aus dem „Endlöser-Umfeld“ ist die Band „**Hetzjagd**“. Im Jahr 2008 veröffentlichte die Band ihr zweites Album mit dem Titel „Revolution“.

Auf der CD "Kampf dem System" (2007) von Hetzjagd gibt es das Lied "Hammerskins". Darin heißt es:

*"Hammerskins, die Elite aus der Masse,
Skinheads aus der Arbeiterklasse,
Den Hämmern immer treu verbunden,
Im Kampf um unsere weiße Rasse.*

⁷² Hammerskins verstehen sich als Elite der Skinheadbewegung.

*Wir sind Nationalisten aus der ganzen Welt,
Unsere Bruderschaft uns ewig zusammen hält,
Bis der letzte Gegner fällt."*

Kategorie C - Hungrige Wölfe

Die Band ist seit den 1990er Jahren aktiv und ist aus dem Hooliganmilieu in Bremen entstanden. Ursprünglich nannte sich die Gruppe „KC - die Band“. Nach Trennungen und Wiedervereinigungen der Musiker, besteht seit dem Jahr 2007 die Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe“. Andere ehemalige KC-Mitglieder gründeten die Band „Vollcontact“. Der Sänger der Band ist bundesweit mehrfach im Kontext verbotener rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen aufgefallen. Er ist Mitglied der Bremer Hooligangruppierung „Standarte“.

Gegenwärtig versucht die Band vehement sich vom Ruf einer rechtsextremen Musikband zu distanzieren. Sowohl auf der Bandhomepage (<http://www.hungrige-woelfe.de/>) als auch in der Ausgabe der Zeitschrift „Metal Hammer“ vom Februar 2008 stellt sich die Gruppe als unpolitische Rockband dar. Dieses Verhalten provozierte einen kritischen Kommentar des rechtsextremen Liedermachers Michael Müller, in dem er vom „Verfall der Band Kategorie C“ spricht.⁷³

Trotz dieser Distanzierungsversuche sind sich die befragten Experten/innen einig, dass es sich bei „KC - Hungrige Wölfe“ nach wie vor um eine rechtsextreme Musikband handelt.⁷⁴ Ein Anhaltspunkt für die Einordnung der Band, die ihre Platten u.a. von dem rechtsextremen Plattenlabel „PC-records“ vermarkten lässt, ist der Titel „Deutschland dein Trikot“, den „KC - Hungrige Wölfe“ für den rechtsextremen Fußballsamplern „Zu Gast bei uns“ beisteuerte. Der Sampler wurde anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland veröffentlicht und einige Monate nach ihrem Erscheinen bundesweit beschlagnahmt. Die Produzenten, die Covergestaltung sowie die vertretenen Bands (u.a. „Kraftschlag“ aus Schleswig-Holstein und „Agitator“ aus Niedersachsen) geben deutliche Hinweise auf die politische Verortung.

Auszug aus dem Lied „Deutschland dein Trikot“

*„Deutschland dein Trikot, das ist schwarz und weiß
doch leider auch die Farbe deiner Spieler
In München, Rom und Bern, da gab's nur echte Deutsche...*

*Wir wollen wieder stolz auf unsere Mannschaft sein
Doch zu dieser Zeit, ist das kein Vergnügen
11 Deutsche sollt ihr sein
11 Deutsche sollt ihr sein...*

*Deutschland ist der Schlachtruf
Für Deutschland stehen wir alle ein*

⁷³ <http://www.widerstand.info/meldungen/2183.html>, Stand 23.04.2008

⁷⁴ Siehe hierzu auch den Artikel „Fußball verbindet. Die Rechtsrock-Band ‚Kategorie C – Hungrige Wölfe‘ auf ‚unpolitischem‘ Karrieresprung“ von Ingo Taler in „Lotta – antifaschistische zeitung aus nrw“ vom Sommer 2008: http://projekte.free.de/lotta/pdf/31/lotta31_kc.pdf und im WESER KURIER vom 20.09.2008 „Doppeltes Spiel. Hooligans nennen sich unpolitisch – und machen mit Neonazis gemeinsame Sache“, S. 29.

Doch Deutschland ist nicht BRD...

Quelle: Sampler: CD: Zu Gast bei uns, 2006

Die Band tritt bundesweit auf, ihre Konzerte sind nicht verboten. Auf der Bandwebsite werden die Konzerttermine offen beworben. Die Konzerte der Band werden von unterschiedlichsten Besucher/innen besucht, Veranstaltungsräume sind u.a. Clubhäuser von Rockern (beispielsweise des „MC Gremium“ in Bremerhaven). Bekannte Neonazis sind dort ebenso anzutreffen wie jugendliche Fußballfans.

In den Texten der Band „KC-Hungrige Wölfe“ lässt sich in den meisten Fällen kein eindeutiger Bezug zu rechtsextremer Ideologie herstellen. Anders ist das bei den Bands, mit denen „KC“ in der jüngeren Vergangenheit aufgetreten ist, wie der Gruppe „Agitator“ aus Göttingen:

Auszug aus dem Lied „Das Lied“

*„Man darf für seine Heimat nicht mal Freiheitslieder singen.
Ohne das dich gleich der Staatsschutz jagt, will dich in den Kerker bringen.
Die meisten hören auf, sehn in der Sache keinen Sinn,
das fiel mir im Traum nicht ein, ich geb mich bis zuletzt der Sache hin.*

*Ich bin mit Leib und Seele Nazi und ich weiß mit Sicherheit,
für mich kann es nix schöneres geben, ich bleib Nazi für alle Zeit“*

Quelle: Agitator: CD: Die Straßen frei, 2006

3.7 Läden, Online-Shops und Treffpunkte

Was bis Ende der 1990er Jahr im Land Bremen noch schwer vorstellbar war, wurde im Herbst 2006 Realität. In der Bremer Innenstadt wurde ein rechtsextremer Szeneladen eröffnet, der zudem als Treffpunkt der Szene und als Anlaufstelle für Interessierte dient. Dieses konkrete Geschäft sowie weitere Ladengeschäfte, Kneipen und Internetpräsenzen der extremen Rechten im Land Bremen, werden nachfolgend benannt und kurz vorgestellt.

Ladengeschäft „Sportsfreund“⁷⁵, Bremer Innenstadt

Standort: Faulenquartier

Gründung: Herbst 2006

Im Geschäft werden überwiegend Artikel für Kraft- und Kampfsportler angeboten, zudem bietet der Laden Accessoires eines rechtsextrem orientierten Lifestyles (Bsp. Bekleidung von „Thor Steinar“). Im „Sportsfreund“ wurde am 15.09.2007 eine Signierstunde mit dem Sänger der Hooligan-Band „KC-Hungrige Wölfe“ durchgeführt. Im Laden kaufen Szenekundige wie auch Laufkundschaft.

Am 16. Juni gab es eine Demonstration von unbewaffneten Antifaschist/innen gegen den Laden „Sportsfreund“ in der Faulenstraße.⁷⁶ Laut Bericht auf taz.de⁷⁷ sowie

⁷⁵ <http://sportsfreund-bremen.de/index.html>

Auskünften der befragten Experten/innen waren zur „Verteidigung“ des Ladens mindestens vier gewaltbereite und mit Reizgas und Schlagstöcken bewaffnete Hooligans anwesend. Nach Einzelangaben werden von Führungspersonen der rechtsextremen Szene in Bremen zuweilen Ansprüche an das Faulenquartier als dem „eigenen Viertel“ formuliert; gegenüber Anhängern alternativer Fan-Gruppierungen wird zum Ausdruck gebracht, sie sollten sich aus dem Quartier fern halten.

Ladengeschäft „Sieg oder Spielabbruch“

Standort: Bremen Hastedt

Gründung: ca. 2002

„Sieg oder Spielabbruch“ ist im Gegensatz zu „Sportsfreund“ ein Angebot für Szenekenner/innen und kein Ladengeschäft für Laufkundschaft. Das Sortiment umfasst überwiegend Lifestyle-Elemente für Hooligans (Ultras), außerdem sind Veröffentlichungen und Fan-Artikel der o. g. Band „Kategorie C“ zu erstehen. Der Inhaber betreut das Internetangebot <http://sieg-oder-spielabbruch.de>, den Online-shop zum gleichnamigen Laden, und die Website <http://www.glatzenparty.de>, eine Seite, die u. a. zur Hammerskinband „Endstufe“ aus Bremen führt. Er war nach verschiedenen Angaben Anmelder der bisher größten Hooligandemonstration in Berlin im Jahr 2000, auf der auch die Bremer Hooligangruppierung „Standarte“ vertreten war.⁷⁸

Internetshop „Heimdall Versand“ (<http://www.heimdall-versand.de>)

Standort: Bremen Nord

Gründung: ca. 2004

Der Heimdall-Versand bietet online sowie vor Ort über einen Garagenvertrieb eine breite Palette von Life-Style-Produkten aus der rechtsextremen Skinhead-Szene, ein großes Angebot an Tonträgern, Kleidung und Szene-Devotionalien. Der Inhaber ist Produzent der o. g. Rechtsrock-CD „Zu Gast bei uns“, die aus Anlass der Fußballweltmeisterschaft 2006 erschien. Der Inhaber gilt als Schlüsselperson der rechtsextremen Szene in Bremen-Nord.

⁷⁶ <http://www.taz.de/regional/nord/bremen/artikel/?dig=2008%2F06%2F18%2Fa0040&cHash=c478c4ccd4>, Stand: 27.06.2008

⁷⁷ <http://www.taz.de/regional/nord/bremen/artikel/?dig=2008%2F06%2F18%2Fa0040&cHash=c478c4ccd4>, Stand: 14.07.2008

⁷⁸ http://standarte-bremen.de/unterseiten/hin_main.html, Stand: 16.09.2008

Kneipe „Bells“

Standort: Bremer Bahnhofsviertel

Die Kneipe „Bells“ ist laut einer Infobroschüre der Bremer Antifa-Kampagne „Ladenschluss“⁷⁹ und verschiedener befragter Experten/innen die etablierteste Anlaufstelle für Nazis und Hooligans in Bremen. Die Kneipe dient u.a. als Sammel- und Rückzugspunkt bei Aktionen.

⁷⁹ Seit dem Frühjahr 2008 informiert die Initiative "LADENSCHLUSS", die u. a. vom „Bremer Bündnis gegen rechts“ getragen wird, über die Strukturen der Bremer Neonazi-Szene. In der Broschüre „Ladenschluss. Nazi-Läden machen dicht. Eine Kampagne gegen die Geschäftsstrukturen der Bremer Nazi-Szene“ sind die genannten Geschäfte und Treffpunkte sowie assoziierte Schlüsselpersonen der rechtsextremen Szene portraitiert. Siehe: <http://www.bremen.antifa.net/ladenschluss/index.html>

4 Schlussfolgerungen zu den Handlungsfeldern eines Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus im Land Bremen

Betrachtet man nur das vom Landesamt für Verfassungsschutz erfasste rechts-extremistische Personenpotenzial im Land Bremen, die Mitgliederzahlen der rechtsextremen Parteien und deren Wahlergebnisse und die Anzahl der politisch rechtsextrem motivierten Straftaten im Land Bremen, kann eine Abnahme bzw. eine Verstetigung auf vergleichsweise niedrigem Niveau konstatiert werden. Die rechts-extremen Strukturen, Erscheinungsformen und politisch motivierten Straftaten sowohl in der Stadt Bremen als auch in Bremerhaven bewegen sich in Relation zu anderen (und da insbesondere ländlichen) Regionen in Ost- und Westdeutschland bisher auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Anlass zur Entwarnung geben die für das Lagebild von *pro aktiv gegen rechts* befragten Experten/innen jedoch nicht.

In Bezug auf die vier eingangs benannten strategischen Schwerpunkten der extremen Rechten,

1. eine rechtsextreme Erlebniswelt aufbauen,
2. das Wort ergreifen,
3. sich als „Kümmerer“ gerieren,
4. andersdenkende Einzelpersonen und Gruppen bedrohen und einschüchtern und/oder gewalttätig angreifen

lassen sich die im Folgenden dargestellten fünf zentralen Handlungsfelder eines Beratungs- und Vernetzungsangebots gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Land Bremen bestimmen:

1. Fußball-Fankultur
2. Umfeld Schule
3. Rechtsextreme Infrastruktur
4. Rechtsextreme Parteipolitik
5. Rechtsextreme (Jugend-)Gewalt

Die Handlungsfelder können nicht trennscharf definiert werden, eine Reihe von Problemlagen und Risiko-Abschätzungen kommen in verschiedenen Feldern zum tragen. Die Beratungsarbeit von *pro aktiv gegen rechts*, die unabhängig von Anfragen aufgrund konkreter Vorfälle und daraufhin eingeleiteten Interventionen stattfindet, wird sich schwerpunktmäßig diesen Themen annehmen. Im Rahmen der Vernetzungsarbeit des Projekts werden Arbeitsgruppen gegründet, die staatliche und nicht-staatliche Akteure nach dem Prinzip der Betroffenheit und Zuständigkeit an einen Tisch bringen. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, schließt sich das Projektteam alternativ auch vorhandenen Initiativen und Vernetzungen zu den Themenfeldern an.

4.1 Handlungsfeld 1: Der Bereich Fußball-Fankultur

Die Gespräche mit den Experten/innen zeigen, dass sich im Kontext der Fußball-Fankultur rund um den Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions krisenhafte Entwicklungen feststellen lassen. Rechtsextreme bzw. extrem gewaltbereite Akteure aus Hooligangruppierungen erzeugen durch Bedrohungsszenarien und tatsächliche

Gewaltausübung eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung. Hooligangewalt ist nicht neu, sie gewinnt aber in Bremen an Brisanz und es zeigen sich insbesondere anhand der Gruppierung „Standarte“ deutliche Überschneidungen zur Neonaziszene. Die befragten Experten/innen berichten, dass die etablierten Akteure aus diesem Neonazi- und Gewalttätermilieu eine hohe Attraktivität für insbesondere männlichen jugendlichen Nachwuchs innehaben.

Durch die Einrichtung einer Vorfeldgruppe („Nordsturm“) zum harten Kern der „Standarte“ wurde die Zugangsschwelle zur Gruppe mit dem deutlichsten Machtanspruch herabgesetzt, auch wenn sich dieses Angebot sicherlich an „Auserwählte“ richtet. Durch die Etablierung eines vermeintlich exklusiven Erlebnisangebots für junge Männer, kann hier zumindest partiell ein Bezug zur Strategie des Aufbaus einer rechtsextremen Erlebniswelt hergestellt werden. Durch die hohe Bereitschaft zur Akzeptanz und Ausübung brutaler Gewalt sowie durch die Installierung von Bedrohungsszenarien ist in diesem Kontext eine gezielte Strategie der Einschüchterung nicht mehr auszuschließen. Die Übergriffe auf das LidiceHaus werden von einigen der Befragten als Hinweis darauf gedeutet, dass die in den letzten Jahren verstärkte Rekrutierungsarbeit der extremen Rechten im Fußball-Umfeld bereits Früchte trägt.

Im Handlungsfeld Fußball-Fankultur gilt es u.a.:

- den Einfluss etablierter Akteure aus dem Hooligan- und Neonazispektrum zu reduzieren,
- das abgestimmte Vorgehen zwischen allen beteiligten Akteuren (Fanprojekt, Werder Bremen und Polizei) auszubauen,
- einen Beitrag zu einer demokratischen Fankultur zu leisten, die sich möglichst angstfrei entwickeln kann.

4.2 Handlungsfeld 2: Der Bereich Schule

Die Schule ist ein zentraler Ort der Sozialisation junger Menschen. Die Extreme Rechte versucht, diesen Pool an Erstwähler/innen insbesondere durch Lifestyleangebote für sich zu interessieren und zu erschließen.⁸⁰ Was konkrete Aktionen betrifft, kam der Verbreitung der sog. Schulhof-CD auch an Bremer Schulen im Jahr 2005 am meisten öffentliche Beachtung zu; sie hatte auch in Bremen zahlreiche Beratungsanfragen von Schulen zur Folge. Die Anfragen von Lehrer/innen an Beratungsangebote zum Thema Rechtsextremismus beziehen sich im wesentlichen auf das Erkennen und Einschätzen rechtsextremer Agitations- und Erscheinungsformen sowie den methodischen Umgang damit. Es gilt, junge Menschen über die Inhalte, Strukturen und Gefahren rechtsextremer Ideologie aufzuklären und es gilt, die vermeintliche Attraktivität der Zugehörigkeit zu rechtsextremen Szenen zu thematisieren und die Risiken zu beschreiben.

Unabhängig von solchen konkreten und in Bremen und Bremerhaven nur vereinzelt auftretenden Werbeversuchen der extremen Rechten im Schulumfeld stellen Experten/innen, die an Schulen zum Thema Rechtsextremismus referieren, in den letzten Jahren gehäuft fest, dass Schüler/innen, auf die Frage, ob die NPD auf der

⁸⁰ Seit 2005 verfolgt die NPD offensiv das Ziel, „den Nationalismus in die Schulen zu tragen“. http://www.gew-nds.de/E_W/sept05/05_06.pdf, Stand: 13.05.2008

Grundlage der oben genannten Definition als rechtsextreme Partei einzuschätzen ist, mit „nein“ antworten oder zumindest mit Unentschlossenheit reagieren. Dies wird meistens damit begründet, dass die NPD nicht gewalttätig agiere.⁸¹ Der Trend hin zur Akzeptanz der NPD, den die Referenten an Schulen feststellen, lässt sich nicht monokausal erklären. Neben dem oft offensichtlichen Mangel an Informationen über die NPD lassen sich bezüglich der Ursachen folgende Vermutungen:

- In Bezug auf die NPD entwickelt sich ein Gewöhnungseffekt: „Die NPD ist eine wählbare Partei, wie alle anderen auch.“
- Es gibt eine höhere Zustimmung zu Syndromfacetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die NPD ist die Partei, die diese Affinitäten und Einstellungsmuster am ehesten (jugendgerecht) aufgreift und bedient.
- Eine Reihe inhaltlicher Positionen der NPD - Globalisierungskritik, soziales Engagement, Umweltschutz - werden nicht als rechts(extrem) wahrgenommen.

Dies beinhaltet auch, die Persönlichkeit der Jugendlichen im demokratischen Sinne zu stärken, um sie so zusätzlich gegen menschenfeindliche Orientierungen zu immunisieren.

Folgende Zielsetzungen lassen sich für das Handlungsfeld „Schule“ definieren:

- Qualifizierte Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter/innen, Schulleitungen und ggf. Eltern ausbauen und absichern, um rechtsextreme Tendenzen früher wahrnehmen und darauf adäquat reagieren zu können.
- Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung jugendspezifischer Formen und Methoden der Auseinandersetzung mit historischem Nationalsozialismus und modernisiertem Rechtsextremismus beraten.

4.3 Handlungsfeld 3: Der Bereich rechtsextreme Infrastruktur

In Bremen hat sich bislang keine strukturierte „Nationale Jugendarbeit“ der rechtsextremen Akteure etabliert. Selbstauskünfte via Internet - insbesondere der NPD in Bremen – zeigen jedoch, dass die Etablierung einer Angebotspalette für Jugendliche sowie die Herstellung einer Dominanz im öffentlichen Raum erklärte Ziele der extremen Rechten sind.⁸²

Unabhängig von solchen Parteiverlautbarungen hat sich in den vergangenen Jahren in Bremen zumindest in Grundzügen eine rechtsextreme Infrastruktur entwickelt. Die Einrichtung von Ladengeschäften, in denen Devotionalien rechtsextremer Lifestyles angeboten werden, ist dabei ein wichtiger Indikator, zumal die Ladengeschäfte genauso wie Kneipen als zentrale Treffpunkte für rechtsextrem orientierte Akteure und Neonazis fungieren. Einige dieser Treffpunkte liegen im Stadtzentrum Bremens, was für ein großes Selbstbewusstsein der Gründer hinsichtlich ihrer Spielräume spricht.

⁸¹ Diese Entwicklung ist selbstverständlich nicht Bremen-spezifisch. Im Rahmen der „Juniorwahl“, die gleichzeitig zur Landtagswahl 2008 an rund 120 Schulen in Niedersachsen durchgeführt wurde, stimmten 5,4 Prozent der Schüler/innen im Alter zwischen zwölf und 19 Jahren für die NPD. Siehe: <http://www.juniorwahl.de/e-niedersachsen.php>

⁸² vgl. <http://www.npd-bremen.de/jugendprojekt.html>, Stand: 08.05.2008

Das Streben nach Dominanz im öffentlichen Raum ist als ein Baustein bei der Errichtung einer rechtsextremen Erlebniswelt zu werten. Für die Stadt Bremen muss konstatiert werden, dass zumindest ein niedrighschwelliges Angebot eingerichtet wurde, das sowohl den Bezug szenetypischer Devotionalien als auch die Chance auf persönlichen Kontakt zur Szene ermöglicht.

Für das Handlungsfeld „rechtsextreme Infrastruktur“ lassen sich folgende Ziele formulieren:

- Beobachtung und gegebenenfalls Verhinderung der Einrichtung und Etablierung weiterer Szenetreffpunkte.
- Öffentliche Räume unter Beteiligung der angrenzenden Ladeninhaber und Anwohner als Orte der Vielfalt besetzen und gegen eine Vereinnahmung durch die extreme Rechten absichern.
- Inhaltliche und juristische (repressive) Handlungsmöglichkeiten prüfen und abgestimmt umsetzen.

4.4 Handlungsfeld 4: Der Bereich der rechtsextremen Parteien

Anfang 2008 hat sich die NPD Bremen das Ziel gesetzt, mit einer Jugend-Offensive in einzelnen Stadtteilen aktiv zu werden. Zunächst blieb ein Infotisch im April 2008 in der Berliner Freiheit (Stadtteil Vahr) die einzige öffentliche Aktion, im September veranstaltete die NPD ein „Sommerfest“ in einer Grünanlage. Dass entgegen erster Ankündigungen wenig offensive Auftreten der NPD ist möglicherweise bedingt durch den Verfolgungsdruck und die erhöhte kritische öffentliche Aufmerksamkeit nach den Übergriffen auf das LidiceHaus und andere antifaschistische Einrichtungen im Februar des Jahres.

Grundsätzlich ist die NPD in Bremen darum bemüht, nicht durch strafbare Handlungen aufzufallen, sondern sich in der Rolle der „Kümmerer“, insbesondere durch Angebote an Jugendliche, Akzeptanz und Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund werden die Angriffe auf das LidiceHaus und andere Einrichtungen – auch innerhalb der extremen Rechten ambivalent diskutiert und bewertet. Einerseits dienen solche Übergriffe als durchaus willkommenes Signal an die „politischen Gegner“, die registrieren sollen, dass man sich in Bremen nicht (mehr) ohne Konsequenzen gegen rechts äußern darf. Andererseits werden die Anschläge als kontraproduktiv und „der Nationalen Sache“ als nicht dienlich bewertet.

Letztendlich beschreiben die Anschläge exemplarisch die Doppelstrategie der extremen Rechten: Gewaltloses Kümmern und Wortergreifen einerseits und der Aufbau von Bedrohungsszenarien bzw. die Anwendung von Gewalt andererseits. Das (gewaltfreie) Bemühen um die kulturelle Hegemonie steckt in Bremen im Vergleich zu anderen Regionen im Bundesgebiet sicher noch „in den Kinderschuhen“, aber das Bestreben gibt es auch hier. Auch in Bremen hat die extreme Rechte den Anspruch, nach der Vorgabe: „Keine Veranstaltung über Neonazis – ohne Neonazis!“ zu agieren. Bisläng sind aber nur vereinzelt Versuche zu verzeichnen, die Wortergreifungsstrategie umzusetzen.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien ergreifen allerdings auch auf offizieller Ebene das Wort. In der Bürgerschaft, der Bremerhavener Stadtverord-

netenversammlung sowie in einzelnen Beiräten sind gewählte Akteure rechts-extremer und rechtspopulistischer Parteien aktiv. Die Programminhalte dieser Parteien sind von antidemokratischen Bestrebungen geprägt, die insbesondere im Wahlkampf mitunter aggressiv beworben werden. Zur Situation in den vier Bremer Beiräten mit DVU-Beteiligung liegen *pro aktiv gegen rechts* bislang nur wenig Informationen vor. Weitere Recherchen in diesem Bereich sind ein guter Ansatzpunkt, um zu eruieren, welche Handlungsbedarfe für ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Bereich der rechtsextremen Parteien bestehen.

In den letzten zwanzig Jahren gelang es der DVU in Bremerhaven durchgängig, in das Stadtparlament gewählt zu werden. Im Gegensatz zu Bremen sind abgesehen von diesem Aktivierungspotenzial der DVU keine festen Strukturen einer rechtsextremen Szene erkennbar. Bremerhaven weist auch in den Statistiken der Polizei und Staatsanwaltschaft keine abweichenden Werte auf. Dies lässt jedoch keinen Rückschluss auf die zahlenmäßige Gewichtung politischer Einstellungen in der Bevölkerung zu. Die Hintergründe der DVU-Wahlerfolge sind im Hinblick auf die dahinterstehenden Motivlagen noch nicht so weit analysiert, dass Schlussfolgerungen hinsichtlich erhöhter Interventionsbedarfe möglich wären. Sollte es in Bremerhaven weniger Interventionsanlässe geben als in Bremen, kann ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus dort einen stärker präventiven Ansatz wählen und einen Beitrag dazu leisten, das Demokratieverständnis bzw. die demokratische Kultur in der Stadtgemeinde weiter zu fördern.

Im Handlungsfeld „rechtsextreme Parteien“ gilt es u. a.:

- Rechtsextreme Strategien in der täglichen Praxis und in den Wahlkämpfen als solche zu „entlarven“, insbesondere in Fällen, in denen sie sich als vermeintliches soziales Engagement präsentieren.
- Die bisherigen Aktivitäten rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteimitglieder in den politischen Gremien zu erheben, insbesondere auf der Stadtteil-ebene (Beiräte).
- Die demokratische Grundlage der Inhalte, Struktur und Kultur in den Gremien sicherzustellen, um den Einflussbereich antidemokratischer Bestrebungen zu begrenzen.
- Zu erörtern, wie den Bürger/innen demokratische Handlungsformen als attraktiv und erfolgversprechend vermittelt werden können.

4.5 Handlungsfeld 5: Der Bereich rechtsextremer (Jugend-)Gewalt

Legt man wie in der Chronologie rechtsextremer Agitation im Land Bremen (Kap. 2.1) einen größeren Zeitraum zugrunde, lassen sich seit Anfang der 90er Jahre immer wieder gewalttätige Ausschläge feststellen. Stellvertretend seien hier der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Schwachhausen (1991), das versuchte Rohrbombenattentat in Bremen Nord (2000), der brutale Hooliganüberfall im Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions (Januar 2007) sowie die Anschläge auf das LidiceHaus (u. a.) Mitte Februar 2008 erwähnt. Bemerkenswert ist außerdem, dass einzelne Akteure der extremen Rechten seit nunmehr 17 Jahren durch gewalttätiges Verhalten auffällig werden.

Die Erfahrungen aus dem Fußballzusammenhang zeigen zudem, dass die Installation eines Bedrohungsszenarios bereits ausreichen kann, um demokratische Kultur maßgeblich negativ zu beeinflussen. Die tatsächliche und gefühlte Bedrohung macht eine direkte (und strafbare) Gewaltanwendung überflüssig.

Da die Grenzen zwischen „politisch“ motivierter und unpolitischer Gewaltanwendung fließend sind, gilt es eine gute Abstimmung mit anderen Projekten zu diesem Thema, wie dem aktuell in der Umsetzung befindlichen Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ des Bremer Senats⁸³, zu gewährleisten.

Folgende Ziele lassen sich für das Handlungsfeld „Rechtsextreme (Jugend-)Gewalt“ formulieren:

- Entwicklung von Gegenstrategien in Abstimmung mit dem Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ des Bremer Senats.
- Aufarbeitung von Fallbeispielen gewalttätiger Ausschreitungen aus der Vergangenheit auch hinsichtlich der Absicherung von Zeugen.
- Initiierung einer Anlaufstelle für die Beratung von (potenziellen) Opfern rechter Gewalt.

Für alle fünf Handlungsfelder gilt, dass gemäß des eingangs genannten, für *pro aktiv gegen rechts* adäquaten Verständnisses von Interventionsanlässen nicht ausschließlich „Krisenszenarien“ als Arbeitsgrundlage vorliegen müssen. Es gilt auch Ideen zur Verbesserung der vorhandenen Arbeitsgrundlagen zu entwickeln und umzusetzen.

4.6 Weitere Ansatzpunkte von *pro aktiv gegen rechts*

Optimierung des Angebots für Ausstiegswillige und Angehörige

Mehrere Experten/innen kamen bei ihrer Einschätzung zum vorhandenen Ausstiegsangebot im Land Bremen zu der Einschätzung, dass es im Land Bremen kein originäres Aussteigerprojekt⁸⁴ gibt, das in seinen inhaltlichen und strukturellen Rahmenbedingungen mit anderen Aussteigerprojekten, etwa in Niedersachsen⁸⁵, zu vergleichen ist. Den Einschätzungen nach verfügt das Land Bremen vielmehr über eine Anlaufstelle für ausstiegswillige Personen. Diese Anlaufstelle ist gegenwärtig bei einem Pastor in Bremerhaven angesiedelt, der in seiner Beratungsfunktion sowohl eine Anlaufstelle für potentielle Aussteiger/innen als auch für hilfeschuchende Angehörige bereit hält. Es ist zu prüfen, inwieweit im Land Bremen ein umfassenderes Aussteigerprojekt und/oder weitere Anlaufstellen für Ausstiegswillige installiert werden sollten. Beratungsangebote für Angehörige von Mitgliedern der rechtsextremen Szene oder rechtsextrem orientierten Jugendlichen finden sich daneben bei Trägern der Jugend(bildungs)arbeit, wie dem LidiceHaus oder dem Verein VAJA. Auch hier gilt es nach einer Bedarfsabschätzung zu beraten, wie die vorhandene Expertise in abgesicherterer Form und mit qualitativen Standards angeboten werden kann.

⁸³ <http://kriminalpraevention.flora.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.734.de>

⁸⁴ <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.2631.de>

⁸⁵ Für potenzielle Aussteiger ohne kriminelle Karriere ist in Niedersachsen die Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig eine Anlaufstelle:
<http://arug.de/content/blogcategory/15/104/>.

Sie verweist u. U. an die AussteigerhilfeRechts des Niedersächsischen Justizministeriums weiter:
http://www.mj.niedersachsen.de/master/C1522729_N1522266_L20_D0_I693.html.

Vernetzung mit Beratungsnetzwerken in anderen Bundesländern

Insbesondere die Lagebild-Informationen aus den Bereichen „Cliques“ und „Musik“, aber auch aus dem Bereich der Straftaten, verdeutlichen, dass sich Neonazis bei ihren Aktivitäten nicht an Landesgrenzen orientieren. Einzelne Bremer Neonazis verfügen, insbesondere im Musikbereich, über enge Kontakte ins Bundesgebiet sowie ins europäische Ausland. Der Verfassungsschutz berichtet, die Bremer Neonaziszene beteilige sich über das „Aktionsbüro Norddeutschland“ mit Sitz in Hamburg an überregionalen Aktionen.⁸⁶ *pro aktiv gegen rechts* stehen über die bundesweite Vernetzung durch das Förderprogramm „kompetent. für Demokratie“ in engem Austausch mit den Beratungsnetzwerken in anderen Bundesländern. Die Informationen und Erfahrungsberichte aus dem überregionalen und bundesweiten Austausch werden wiederum an die Partner des Bremer Beratungsnetzwerks rückgespiegelt, Kontakte werden weitervermittelt.

Mit Präventiv-Projekten zusammenarbeiten - Demokratische Kultur stärken

Der vorliegende Lagebericht verzichtet darauf, die bestehende Beratungslandschaft zum Thema Rechtsextremismus im Land Bremen abzubilden. Diesbezüglich – und auch hinsichtlich der großen Zahl an staatlichen und nicht-staatlichen Initiativen im Bereich Prävention – sei noch einmal auf den aktuellen Senatsbericht zum Thema verwiesen. Bei der Umsetzung des Landesprogramms *pro aktiv gegen rechts* steht die Intervention gegen Rechtsextremismus in Bezug auf konkrete Vorfälle im Mittelpunkt. Einer Verzahnung von Prävention und Intervention muss dennoch großer Stellenwert eingeräumt werden, wenn, wie beispielsweise im Schulumfeld, weniger akute Krisen aber besorgniserregende Gewöhnungseffekte an rechtsextreme Positionen festgestellt werden.

Ein zentraler Ansatzpunkt für die Vernetzung mit Präventionsprojekten ist in der Stadtgemeinde Bremen der „Lokale Aktionsplan“ der im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ umgesetzt wird.⁸⁷ Das ebenfalls vom BMFSFJ finanzierte Programm zielt ab auf die Initiierung, Etablierung und Abstimmung von Präventionsprojekten. Hier gilt es, eine gelingende Verknüpfung der Programme für den Kampf um die Stärkung demokratischer Kultur und gegen rechtsextreme Orientierungen im Land Bremen herzustellen und Synergieeffekte zu erzeugen und zu nutzen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Mittel von „Vielfalt tut gut“ nur in der Stadtgemeinde Bremen eingesetzt werden dürfen. In Bremerhaven bietet sich analog die Zusammenarbeit mit Zusammenschlüssen wie der „AG Vielfalt-Bremerhaven“ des DGB, der Initiative „Mut gegen Gewalt“ des Amtes für Jugend und Familie und der Polizei sowie dem ebenfalls von der Polizei initiierten „Präventionsrat Bremerhaven“ an.

⁸⁶ Verfassungsschutzbericht 2007, S. 32

⁸⁷ vgl. das Bundesprogramm unter <http://www.vielfalt-tut-gut.de> und für Bremen <http://www.vielfalt-bremen.de>.